

■ Otto Meyer, seit 1926 in führender Position bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN), gilt als eine der bedeutendsten bayerischen Unternehmerpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Sven Feyer zeichnet die Biographie dieses konservativen Wirtschaftsführers in der NS-Zeit nach. Meyer setzte sich an der Spitze eines bedeutenden Rüstungsbetriebs bis Kriegsende energisch für die Kriegsproduktion des Dritten Reichs ein, obwohl er der nationalsozialistischen Ideologie ablehnend gegenüberstand und wiederholt ins Visier des Repressionsapparats von Staat und Partei geriet. ■

Sven Feyer

Otto Meyer: MAN-Vorstand im Dritten Reich

1. Industrie und Nationalsozialismus

Mit Otto Meyer verstarb 1969 „eine der am stärksten profilierten und weit über Schwaben hinaus bekannten Persönlichkeiten Augsburgs“¹. Nicht nur seine beruflichen Leistungen oder seine Verdienste um den Wiederaufbau Augsburgs wurden nach seinem Tode gewürdigt, sondern auch das Verantwortungsbewusstsein „eines Mannes, der niemals die schwere Bürde vergaß, die allen Deutschen in führender Position nach dem verlorenen Kriege auferlegt war, die noch an die Zukunft ihrer Heimat und ihrer Menschen glaubten“². Allerdings klammerten die Nachrufe die Jahre zwischen 1933 und 1945 mehr oder weniger vollständig aus. Auch Dietrich-Wilhelm von Menges begnügte sich als damaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) mit dem Hinweis, dass Otto Meyer seine Aufgaben erfüllt habe, „ohne das ihm anvertraute Unternehmen zu sehr in den Sog des Staates oder [der] Rüstung geraten zu lassen“³. Dabei musste ihm jedoch bewusst gewesen sein, dass der MAN als dem größten Rüstungsunternehmen im bayerisch-schwäbischen Raum nach den Messerschmitt-Flugzeugwerken eine herausragende Bedeutung im Dritten Reich zugekommen war. Zudem lag es auf der Hand, dass die Durchsetzung nationalsozialistischer Politik ohne die Mitwirkung der Wirtschaft nicht möglich gewesen wäre, ganz gleich, ob sie nun auf Freiwilligkeit oder Zwang beruhte⁴. Ludolf

¹ „Zum Tode von Dr. E.h. Otto Meyer“, in: Augsburgere Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 5. 7. 1969.

² „Ein Pionier deutschen Wiederaufstiegs“, in: Augsburgere Allgemeine vom 26. 6. 1969.

³ Vom Tonband abgeschriebene Trauerrede Dietrich-Wilhelm von Menges, 7. 7. 1969, in: Werksarchiv der MAN Augsburg (künftig: MAN-WA Augsburg), 1. 3. 3.5, Akt 59. Die MAN hat zwei Werksarchive; das Hauptarchiv befindet sich in Augsburg, ein kleineres in München (Karlsfeld). Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei Frau Gerlinde Simon, Leiterin des Historischen Archivs der MAN, für ihre stets kompetente und umfassende Unterstützung bedanken, ohne die dieser Aufsatz nicht möglich gewesen wäre.

⁴ Vgl. z. B. Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 2006 (unveränderter Nachdruck der 1. Auflage von 1954).

Herbst hat schon vor 25 Jahren die entscheidende Frage gestellt, ob „die Industriellen die Anstifter, die heimlichen Drahtzieher und Kriegstreiber“ gewesen seien oder ob „sie sich von den Politikern funktionalisieren und Stück für Stück in Aufrüstung und Krieg hineinziehen [ließen], bis es kein Zurück mehr gab“⁵. Die Spannweite dieser Frage macht bereits deutlich, dass die lange verfochtene apologetische Deutung einer „Wirtschaft unter Zwang“⁶ nicht zu halten war und durch wesentlich differenziertere Erklärungsmodelle ersetzt werden musste⁷.

An der Biographie Otto Meyers lässt sich diese Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit exemplarisch nachzeichnen. Einerseits setzte er sich leidenschaftlich für die wirtschaftlichen Interessen seines Unternehmens ein, andererseits bekam er aufgrund seiner familiären Verhältnisse die Auswirkungen des nationalsozialistischen Regimes am eigenen Leib zu spüren. Trotz aller Anfeindungen gegen ihn und seine als Jüdin verfolgte Ehefrau trug er bis Kriegsende als leitendes Vorstandsmitglied der MAN AG im Konzern der Gutehoffnungshütte (GHH) aktiv zu den Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reichs bei. In der GHH nahm die MAN eine bedeutende Stellung ein. Die Belegschaft des Industriekonzerns zählte am 1. Oktober 1940 fast 83.000 Männer und Frauen. Während die eigentliche GHH mit ihren Stahlwerken und Zechen dabei 33.000 Beschäftigte hatte, kam die MAN in ihren Werken in Augsburg, Nürnberg und Gustavsburg auf knapp 23.000⁸.

Die MAN war ein klassischer Maschinenbauer mit einem breiten Produktionsspektrum. Das Werk Augsburg stellte vor allem Dieselmotoren für Schiffsantriebe und Kraftwerke sowie Druckmaschinen her. Das Werk Nürnberg war eine Art Gemischtwarenladen, der Kräne, Großgas- und Dampfmaschinen, Dampfkessel, Turbinen, hydraulische Pressen, Werkstoffprüfmaschinen, Schraubepumpen, Klima- und andere Luftführungsanlagen, Eisenbahnwagen und schließlich immer mehr Motoren und Lastwagen im Angebot hatte. Bereits seit 1860 hatte die MAN ein drittes Werk in Gustavsburg bei Mainz, in dem der Brücken- und allgemeine Stahlbau gebündelt wurde und das daneben Stauwehre, Gaskessel, Drehscheiben und Schiebebühnen für den Eisenbahnverkehr sowie Bühneneinrichtungen produzierte⁹.

Als Hersteller von Schiffsmotoren, schweren Lastwagen und Eisenbahnzügen sowie als Ingenieurfirma für anspruchsvolle Stahlbaukonstruktionen war die MAN für die nationalsozialistische Rüstung unverzichtbar. Die MAN-Dieselmotoren

⁵ Ludolf Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 72–134, hier S. 72.

⁶ Vgl. Hans-Eckhardt Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, Köln 1966.

⁷ Vgl. z. B. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, v. a. S. 166 u. S. 756 f.

⁸ Übersicht Gutehoffnungshütte vom 18. 10. 1940 betr. „GHH-Konzern / Arbeiter und Beamte am 1. Oktober 1940“, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln, Bestand Gutehoffnungshütte (künftig: RWWA-GHH), 400101400.

⁹ Vgl. Günter Neliba, M.A.N.-Werk Gustavsburg bei Mainz. 100 Jahre zivile und militärische Produktion (1860–1960), Frankfurt a. M. 2002, S. 10 u. S. 27 ff.

toren waren entscheidender Bestandteil für die Ablösung des Dampfantriebs auf den Panzerschiffen der Deutschlandklasse und grundlegend für den Aufbau der deutschen U-Bootwaffe. Entsprechend rasch expandierte die MAN aufgrund des steigenden Rüstungsbedarfs. Hatte die Weltwirtschaftskrise den Umsatz der MAN zwischen 1930 und 1933 von 127 Millionen Reichsmark (RM) auf 47 Millionen einbrechen lassen, so wuchs er im Zeichen der Kriegspolitik durchschnittlich um etwa 20 Prozent pro Jahr. 1945 betrug der Umsatz des Unternehmens 374 Millionen RM¹⁰. Die zivile Produktion wie der Druckmaschinenbau verlor aufgrund staatlicher Produktionsauflagen nach 1939 stetig an Bedeutung, während im Gegenzug beispielsweise in Augsburg die Geschützfertigung deutlich an Gewicht gewann¹¹. Der in der Handelsbilanz veröffentlichte Gewinn lag in der Regel zwischen ein und zwei Prozent bezogen auf den Umsatz¹². Der tatsächliche Reingewinn war jedoch erheblich höher. Bei einer Betriebsprüfung 1942 beispielsweise wurde für die vorangegangenen drei Jahre ein Gewinn von neun bis zwölf Prozent bezogen auf den Umsatz ermittelt. Allein im Geschäftsjahr 1940/41 waren das bei einem Umsatz von 226 Millionen RM über 28 Millionen RM¹³. In all diesen Jahren stand Otto Meyer an der Spitze der MAN. Durch sein weit verzweigtes Netzwerk hatte er stets einen fundierten Einblick in die politische Entwicklung des Dritten Reichs – und er lehnte die nationalsozialistische Ideologie ab, obwohl das Unternehmen, das er führte, mehr und mehr Rüstungsgüter ausstieß. General Georg Thomas, von 1939 bis Ende 1942 Leiter des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), wies Otto Meyer bei seiner Befragung durch die Alliierten nach dem Krieg neben einigen anderen Unternehmensführern als Gegner der Nationalsozialisten aus¹⁴. Dennoch arbeitete der Manager bis zuletzt mit aller Kraft für die MAN und damit für die Kriegsmaschinerie des NS-Staates.

¹⁰ Fortgeführte Umsatzstatistik MAN, Abt. Ga3, in: MAN-WA Augsburg, 1.5.0. sowie 2.2.4.

¹¹ Gekürzter Bericht vom 4.3.1943 für die Sitzung des Ausschusses des MAN-Aufsichtsrates am 5.3.1943, in: MAN-WA Augsburg, I.1.7, Nr. 14.

¹² Der ausgewiesene Handelsgewinn darf nicht verwechselt werden mit der auf das Grundkapital bezogenen Rendite der Dividende, deren Ausschüttung auf sechs beziehungsweise acht Prozent begrenzt wurde. Die Geschäftsberichte sind vollständig zu finden im MAN-WA Augsburg oder teilweise im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch), z. B. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1937/38, 17.11.1938, in: BArch, R907/716.

¹³ Das Reichsfinanzministerium teilte aufgrund dieser Prüfungsfeststellungen dem OKH und dem OKM mit, dass das Unternehmen unter Berücksichtigung des großen Umsatzvolumens hohe Gewinne erzielt habe. „Bei der weiteren Auftragserteilung dürfte eine weitere Preissenkung anzustreben sein.“ Schreiben Reichsminister der Finanzen an Bäumker/OKM und Schnitzer/OKH, We 3011a-1872 I vom 12.8.1942, in: BArch, R2/5232, fi.6. Das Rüstungsamt sowie das Reichsluftfahrtministerium erhielten eine Abschrift des Berichts. Die MAN gab keine Stellungnahme ab.

¹⁴ Dort fälschlicherweise als „Otto Meier“ genannt. General Thomas weist in dem Bericht von 96 Wehrwirtschaftsführern 50 Personen als NS-Kollaborateure und 16 Führungskräfte als Regimegegner aus, während er bei 30 Wirtschaftsführern zu deren politischer Einstellung keine Angabe machen konnte (OMGUS, FINAD 2/173/6 vom 25.3.1946, abgedruckt bei Paul Erker, *Industrie-Eliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945*, Passau 1994, S.96–101).

2. Otto Meyer – ein konservativer Unternehmer

Otto Meyer wurde am 29. August 1882 in Regensburg geboren, wo sein Vater Michael als Spediteur tätig war. Seit 1902 studierte er Maschinenbau an der TH München, die er 1907 als Diplom-Ingenieur verließ. Seine erste Anstellung führte ihn zur Mühlenbauanstalt Gebr. Seck AG in Dresden. Da er als Kind ein Auge verloren hatte, wurde er vorerst nicht zum Militärdienst eingezogen. Im Ersten Weltkrieg war er zunächst an der Fliegerschule im sächsischen Großenhain, danach bei der Instandhaltungstruppe beschäftigt. 1915 wurde er nach Adlershof in die Bauaufsicht bei den Rumpler- bzw. AGO-Werken versetzt. Bereits ein Jahr später jedoch ernannte ihn Edmund Rumpler zum Leiter der neugegründeten Bayerischen Rumpler-Werke in Augsburg. Als das Kriegsende absehbar war, plante er bereits für die Nachkriegszeit einen Luftverkehrsdienst auf der Route Augsburg-München-Nürnberg-Leipzig-Berlin. Kurz nach dem Waffenstillstand erwarb er aus der Rumpler-Produktion 16 Flugzeuge, mit denen er die Rumpler-Luft-Verkehrs AG gründete und ab Juni 1919 einen täglichen Flugdienst nach Leipzig, später auch nach Frankfurt am Main, sowie die Fluglinie München-Wien aufbaute. 1921 verließ er die Fluggesellschaft und wurde technischer Direktor der Fritz Neumeyer AG in München, die Wasserturbinen, Traktoren und Kleinlokomotiven herstellte¹⁵. Vier Jahre später stellte ihn die MAN als Technischen Leiter des Nürnberger Werkes ein; am 11. Januar 1926 wurde er in den Vorstand des Unternehmens berufen¹⁶.

Als konservativer Unternehmer war sein Weltbild geprägt von der Idee des freien Unternehmertums und von der Überzeugung, Privateigentum sei eine unverzichtbare Säule gesellschaftlicher Ordnung. Auch wenn er sozialistische Vorstellungen kategorisch ablehnte, hielt ihn dies in seiner Eigenschaft als MAN-Vorstand nicht davon ab, Geschäfte mit der Sowjetunion zu machen, mit denen sich das Unternehmen in der Weimarer Republik über die kargen Jahre der Inflation und der Weltwirtschaftskrise rettete. Bei der MAN bestand „kein Zweifel, dass mit den Russen grössere Geschäfte zu machen sind (hier vor allem auch Lastwagen, Omnibusse, Gasgebläse, Dieselmotoren), wenn wir lange Zahlungsbedingungen einräumen. [...] Nachdem das Geschäft in Deutschland von Woche zu Woche zurückgeht, ist es verständlich, dass der Absatz nach Russland immer mehr an Bedeutung gewinnt.“¹⁷

Bereits 1925 hatte die MAN mit der Zentralen Verwaltung der Staatlichen Vereinigten Maschinenfabriken in Moskau einen Lizenzvertrag über den Nachbau von Zwei- und Viertaktmotoren zum Einbau in zivile Schiffe, U-Boote, Lokomotiven und Kraftwerke abgeschlossen¹⁸. Meyer setzte diesen Kurs unverändert fort.

¹⁵ Vgl. Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 17, Berlin 1994, S. 365 f.

¹⁶ Notiz von Emil Sörensen vom 10. 11. 1950, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1, Nr. 7.

¹⁷ Schreiben ohne Unterschrift [wohl Endres oder Gertung, beide MAN] an Paul Reusch vom 23. 11. 1925, in: RWVA-GHH, 4001012025/0.

¹⁸ Übersichten der ortsfesten und ortsbeweglichen MAN-Dieselmotorenanlagen für die UdSSR 1925–1941, in: MAN-WA Augsburg, 3. 36. 9; Exportvolumina 1924 und 1927 von den Wer-

Während die Reichswehr der Roten Armee nach zeitweise intensiveren Kontakten immer weniger Bedeutung einräumte und sich in der deutschen Politik eine wachsende antikommunistische Einstellung breitmachte, bemühte sich die Sowjetführung seit 1928 umso intensiver um eine große Rüstungskoooperation mit Deutschland¹⁹.

Vom 1. bis 24. November 1929 reiste auch Otto Meyer in die Sowjetunion, um sich ein Bild von der wirtschaftlichen Situation zu machen. Das prägende Bild, das er bei der Besichtigung der Waggonfabrik Mytischtschi, der Stahlwerke in Bogorodzk und Kramatorsk und der Maschinenfabriken von Kolomna und Sormowa gewann, sowie seine allgemeinen Eindrücke aus Moskau, Leningrad und Char'kow ließen seine Wut auf den Kommunismus wachsen. Der Unternehmer in ihm sah veraltete Fabriken, chaotische Organisation und Verschwendung von Personal und Material. Noch mehr berührt hat ihn aber offenbar die Armut, die mangelnde individuelle Freiheit und die Proletarisierung durch die kommunistische Diktatur. Auch wenn er die Möglichkeit sah, dass angesichts der großen Opfer der Bevölkerung die Revolution sich in ihr Gegenteil verkehren könnte, zweifelte er nicht an „der fortschreitenden Entwicklung der bolschewistischen Organisation“. Seine „Hoffnung, dass das System bald in sich selbst zusammenbricht“, sah er schwinden. Vielmehr war er davon überzeugt „dass, wenn wir weiterfahren, Russland zu unterstützen, wie wir es bisher getan haben, auch uns [in Deutschland] einmal das Experiment [der sozialistischen Revolution] erfassen kann“²⁰. Das Privateigentum sah Meyer als grundlegenden Wert einer prosperierenden Gesellschaftsordnung und den Schutz desselben als unabdingbar an. Zwar hielt Meyer und mit ihm Vorstand und Aufsichtsrat der MAN den Bolschewismus für eine große Gefahr, glaubte aber diesen nicht durch Boykott bekämpfen zu können. Vielmehr erhoffte sich die Unternehmensführung von der Sowjetunion die wirtschaftliche Erholung für die MAN in Zeiten der Wirtschaftskrise. „Zum Zwecke der Hereinholung von Arbeit für die Werkstätten lasse es sich deshalb nicht umgehen und erscheine vertretbar, in den durch das Risiko gezogenen Grenzen und mit der dadurch gebotenen Vorsicht Aufträge nach Russland auszuführen.“²¹

Die unternehmerische Entscheidung, Geschäfte mit Partnern zu machen, die er ideologisch ablehnte, trug Meyer in ähnlicher Weise auch nach 1933 mit.

3. Die neuen Machthaber

Unter den Großindustriellen fand in der Weimarer Republik eine offene Identifikation mit dem Nationalsozialismus, von Ausnahmen wie Fritz Thyssen und Emil Kirdorf abgesehen, kaum statt, doch billigte man die braune Bewegung zumin-

ken Augsburg und Nürnberg nach Russland (Übersicht MAN Nürnberg vom 19. 7. 1928, in: RWWA-GHH, 4001012025/1).

¹⁹ Vgl. Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992, S. 63.

²⁰ Bericht Rußlandreise Otto Meyer vom November 1929, in: RWWA-GHH, 4089/8.

²¹ Protokoll über die Vorbesprechung des Aufsichtsrates vom 27. 8. 1930, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/15.

dest indirekt²². Der Reichstagsabgeordnete Erich von Gilsa (DVP) versuchte Mitte September 1932 Paul Reusch, Vorstand der Gutehoffnungshütte und Aufsichtsratsvorsitzender der MAN, mit dem Argument zu gewinnen, dass „die bevorstehende innenpolitische Auseinandersetzung, die sich als Kampf um die Erhaltung der Privatwirtschaft gegen Sozialisierungstendenzen darstellt“, für das bürgerliche Lager nur dadurch gewonnen werden könne, wenn man der antikapitalistischen Auffassung der NSDAP, aber auch im Stahlhelm, entgegentrete²³. Damit traf er zweifellos Reuschs Überzeugungen, dessen Grundeinstellung zum Privateigentum der Meyers ebenso entsprach wie seine Ablehnung jeglicher Sozialisierungsbestrebungen. Paul Reusch, der Otto Meyer stark gefördert hatte, war für diesen ein väterlicher Freund²⁴. Meyer zählte zu den Konservativen und wählte im November 1932 deutsch-national, doch gehörte er später weder der NSDAP noch einer anderen nationalsozialistischen Organisation an²⁵.

Bei der MAN war man 1933 unsicher, wie man sich dem neuen Regime und seinen Gliederungen gegenüber verhalten sollte. Als die Kreisleitung Dresden der MAN einen Fragebogen zu den „arischen Verhältnissen“ der Firma zusandte, wandte man sich zunächst an die Berliner Vertretung der GHH mit Bitte um Stellungnahme. Von dort erging nach Rücksprache mit dem Reichsstand der Deutschen Industrie und dem Reichswirtschaftsministerium die Empfehlung, den Fragebogen auszufüllen, aber darauf hinzuweisen, dass er für die Vergebung öffentlicher Aufträge ohne Belang sei und „nicht im Sinne der Reichsregierung liege“. Doch wollte man bei der Partei auch keinen Unwillen hervorrufen, denn es habe „keinen Zweck, sich durch eine völlige Ablehnung der Beantwortung des Fragebogens der Gefahr auszusetzen, dass man ein Geschäft verliere“²⁶. In diesem Sinne drängte Paul Reusch nicht nur bei der GHH, sondern als Aufsichtsratsvorsitzender auch bei der MAN darauf, dass das Unternehmen im Rüstungsgeschäft eine wichtige Rolle spielen möge²⁷. Im Ende November 1933 verfassten Geschäftsbericht für 1932/33 brachte die MAN zum Ausdruck, dass der Wille vorhanden sei, „den begrüßenswerten Zielen der jetzigen deutschen Regierung Gefolgschaft zu leisten und am Erfolg zu unserem Teile mitzuhelfen“²⁸. Zu den politischen

²² Vgl. Hans Mommsen, *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze*, Reinbek 1991, S. 54.

²³ Gilsa an Reusch vom 19. 9. 1932, in: RWWA-GHH, 400101308/9.

²⁴ In privaten Briefen nach dem Krieg ist oft vom „Vater Reusch“ oder „Onkel Paul“ die Rede, beispielsweise Otto Meyer an Stella Meyer vom 8. 4. 1947, vom 9. 10. 1946 und vom 10. 1. 1947, in: Privataarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz. Otto Meyers Schwiegertochter, Frau Lore Meyer, Utting a. Ammersee, bin ich zu großem Dank verpflichtet, dass sie mir in freundlichster Weise Einblick in den privaten Nachlass von Otto Meyer gewährte.

²⁵ Angaben Otto Meyers vom April 1946 im Fragebogen sowie vom 13. 5. 1946 im Meldebogen zum Entnazifizierungsgesetz vom 5. 3. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93.

²⁶ Beide Zitate in Blank/GHH Berlin an Wellhausen vom 29. 8. 1933, in: RWWA-GHH, 4001012024/11, Nr. 193.

²⁷ Vgl. Peter Langer, *Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch*, Essen 2012, S. 655.

²⁸ Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1932/33, 27. 11. 1938, in: BArch, R907/716.

Vorgängen in Deutschland äußerte sich der Geschäftsbericht bezeichnenderweise nicht.

Mit vermeintlichen Kleinigkeiten hatte der Nationalsozialismus anfangs in die Verwaltung Einzug gehalten. Im MAN-Vorstand wurde beschlossen, die Grußformel Hochachtungsvoll „nicht mehr allgemein anzuwenden; [...] Briefe, die mit der Grußformel ‚Mit deutschem Gruß‘ etc. an uns gelangen, sind mit der gleichen Grußformel zu beantworten“²⁹. Der Vertrauensrat beschwerte sich zwar, dass noch 1935 Briefe an Werksangehörige „Mit freundlicher Begrüßung“ anstatt mit „Heil Hitler!“ unterzeichnet würden, doch sah man keine Notwendigkeit zur Änderung, da „diese Grußformel gerade das geschäftlich-freundschaftliche Verhältnis zu unseren Werksangehörigen unterstreichen sollte“³⁰. Auch wurde moniert, dass einzelne Angestellte, darunter auch Otto Meyer, den Hitlergruss verweigerten. Meyer hielt dem jedoch eine Rede Julius Streichers entgegen, wonach man den Hitlergruß nicht erzwingen solle, sondern jeder aus innerer Überzeugung dazu kommen müsse³¹. Allerdings war sich Meyer im Klaren, dass dies mehr als nur Flausen eines neuen Regimes waren. Das lag nicht zuletzt an den radikalen antijüdischen Ressentiments der Partei, die eine Bedrohung für seine Familie darstellten. Meyers ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus rührte insbesondere daher, dass seine Frau Stella, eine Tochter des Fabrikanten Max Reichenberger, die er 1920 geheiratet hatte, Jüdin war³².

Stella Meyer hatte am 3. Juni 1888 in Bukarest das Licht der Welt erblickt; sie zog mit ihrer Familie 1890 nach Budapest und zwei Jahre später nach Wien³³. Viel ist über Stella Meyer und die 13 Jahre, die sie vor Hitlers Machtübernahme an der Seite ihres Mannes verbrachte, nicht bekannt. Doch sie verließ Deutschland schon 1933 und lebte seit Oktober mit den beiden Kindern Ina-Maria und Hans Otto in Lausanne in der Schweiz³⁴. Dass Meyer seine Familie in die Schweiz schickte, während er in Deutschland blieb, macht deutlich, dass er weder an eine rasche Ablösung des NS-Regimes glaubte, noch dessen Gefährlichkeit unterschätzte.

Dass mit den Nationalsozialisten nicht zu spaßen war, hatte Meyer wiederholt erfahren. Von Beginn an hatte es Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Nürnberger Stadtrat und Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront (DAF) für Mittelfranken Georg Pessler gegeben. In einer Personalangelegenheit, bei der der Leiter der Schmiede von Meyer beurlaubt worden war, schaltete sich Anfang 1934 die

²⁹ MAN-Vorstandssitzung vom 25. 7. 1933, in: MAN-WA Augsburg, 13. 1. 3.

³⁰ Gemeinsame Notiz Schwarz/Abt.KK und Gehrig/Vertrauensrat, MAN-Werk Nürnberg, vom 27. 5. 1935, in: MAN-WA Augsburg, R28/III-43, Nr. 131.2 „MAN Sitzung 10. 4. 35“, Punkt 39.

³¹ Gemeinsame Notiz Otto Meyer und Wedekind, Reindle/beide Vertrauensrat, MAN-Werk Nürnberg, vom 27. 5. 1935, in: Ebenda, Punkt 38.

³² MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1.

³³ Handschriftliche Notiz Lore Meyer in: MAN-WA, Augsburg 1. 3. 3.5, Akt 90a.

³⁴ Otto Meyer an das Office of Military Government for Bavaria vom 5. 9. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 46; Meyer an Reusch vom 7. 10. 1946, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1. Stella Meyer verstarb am 23. 11. 1971. Ina-Maria Meyer ging 1938 in die USA, heiratete dort und wurde Bürgerin der Vereinigten Staaten.

Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation ein und verlangte die Rücknahme der Disziplinarmaßnahme. Während Meyer dies als Eingriff in betriebliche Angelegenheiten wertete, beschimpfte Pessler Meyer als „Schweinehund“. Für Pessler war dies ein politischer Fall, er werde dafür sorgen, dass „hier gründlich Abhilfe geschaffen werde“³⁵. Anlässlich der Verhandlungen zur Auftragsvergabe von zwölf Straßenbahnwagen der Stadt Nürnberg an die MAN Anfang 1935 kritisierte Pessler heftig, „das Verhältnis zwischen Direktion und Belegschaft sei z.Zt. schlechter als wie [sic!] es in den schlimmsten Zeiten der roten Regierung gewesen sei. Daran sei einzig und allein die ablehnende Haltung des Herrn Direktor Meyer gegen die heutigen sozialen Bestrebungen schuld [,] und dies sei um so bedauerlicher, da es an und für sich schon in den vergangenen 2 Jahren wiederholt einer gewissen Nachsicht bedurft hätte[,], um Herrn Meyer auf seinem Posten belassen zu können.“³⁶

Bereits zuvor hatte Pessler die „sich verschlechternde Stimmung“ bei der MAN in Nürnberg kritisiert, da Aborte mit Beschimpfungen des „Führers“ bekritzelt seien und der Hitlergruß nicht oder falsch angewandt werde. Indirekt machte man Meyer für diese Missstände verantwortlich³⁷. Im Zuge der Vertrauensratswahl im April 1935 im Werk Nürnberg, wo der Vertrauensrat nur 2450 der 5086 Stimmen erhalten hatte, stieß Pessler erneut mit Otto Meyer zusammen. Pessler legte der Betriebsführung ein Protokoll mit elf Punkten vor, die Klagen des Vertrauensrats und von ihm benannter Zeugen beinhaltete. Die MAN erstellte ein entsprechendes Gegenprotokoll, in dem den einzelnen Anschuldigungen widersprochen wurde, und leitete es Gauleiter Streicher zu³⁸.

Die Anfeindungen rissen jedoch nicht ab. Was dabei Männer wie Otto Meyer, die wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisierten, von den Nationalsozialisten zu erwarten hatten, wurde auf einer der Betriebsversammlungen im Werk Nürnberg deutlich. Nachdem die Werksleitung etwa zehn Minuten vor der Belegschaft gesprochen hatte, schritt der anwesende „Frankenführer“ Streicher auf die Rednertribüne und rief dem Betriebsleiter zu: „Geh mal runter da“. Streicher ergriff das Wort und hielt eine scharfe antikapitalistische Rede: „Dieser Mann ist einer der Ausbeuter, ist ein typischer Vertreter des kapitalistischen Systems, dem wir Nationalsozialisten den Kampf angesagt haben.“³⁹

Nicht nur um die MAN aus der Schusslinie zu nehmen, sondern auch um Otto Meyer halten zu können, musste Paul Reusch als Aufsichtsratsvorsitzender der MAN handeln. Nach dem Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Imanuel Lauster am 30. Juni 1934 bot sich diese Gelegenheit, und Paul Reusch übertrug Meyer

³⁵ Aktenvermerk Otto Meyer vom 17. 1. 1934, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/83.

³⁶ Plochmann an P. Reusch vom 11. 1. 1935, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/45. Reusch lehnte daraufhin weitere Verhandlungen mit Stadtrat Pessler ab; Reusch an Wellhausen vom 22. 1. 1935, in: Ebenda.

³⁷ Protokoll der Besprechung vom 21. 12. 1934, in: Ebenda.

³⁸ Aktenvermerk Otto Meyer vom 19. 6. 1935, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/83.

³⁹ Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Frankfurt a.M. 1980, Jg. 1934, S. 134. Auch wenn im Sopade-Bericht keine Namen erwähnt sind, ist zu vermuten, dass der in Nürnberg gut bekannte Meyer angesprochen war.

bald darauf die Gesamtleitung der MAN, die von Augsburg aus geführt wurde. Daraufhin wechselte Meyer von Nürnberg ins Werk Augsburg⁴⁰. Allerdings hatte es Paul Reusch vermieden, einen Nachfolger als Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektor zu bestellen. Ob er dadurch eine zu große Selbstständigkeit beim größten Tochterunternehmen der GHH verhindern oder Meyer nicht noch stärker exponieren wollte, ist nicht zu sagen⁴¹. Im MAN-Vorstand sollte Meyer die technischen, Dr. Hans Wellhausen die kaufmännischen Belange vertreten, auch wenn sich der Vorstand in der Praxis Meyers Autorität unterordnete. Die Umstände, die Meyer bewogen, das Angebot Reuschs anzunehmen und nach Augsburg zu wechseln, waren auch nach dem Kriege nicht vergessen. In einem Brief an seine Frau heißt es: „Gestern war ich in Nürnberg. Ich kann nicht sagen, dass ich gern dorthin fahre. Es weckt immer bei mir unangenehme Erinnerungen.“⁴² Doch auch nach Meyers Fortgang aus Franken war Gauleiter Streicher auf die MAN nicht sonderlich gut zu sprechen. Sicherlich lag dies mit daran, dass ihm der zur GHH gehörige „Fränkische Kurier“ ein Dorn im Auge war und sich die MAN weigerte, im „Stürmer“ umfangreichere Anzeigen zu schalten. Auch hielt sie sich mit Spenden an die Partei im Vergleich zu anderen Großunternehmen deutlich zurück. Als der Gauleiter am 19. April 1938 die vier MAN-Direktoren Otto Meyer, Hans Wellhausen, Karl Plochmann und Ernst Garnjost zu sich rufen ließ, wettete er: „Und wenn ich Ihnen sonst nicht beikommen kann, werde ich feststellen, ob nicht einer von Ihnen einen dunklen Punkt hat. Zu diesem Zweck werde ich Sie beobachten lassen.“⁴³

Zum Wehrwirtschaftsführer avancierte Meyer aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin auch nach dem Umzug ins schwäbische Augsburg nicht, vielmehr wurde dieser Titel 1937 dem MAN-Betriebsdirektor Heinrich Riehm zuerkannt⁴⁴. Als stellvertretender Rüstungsbeauftragter im Wehrkreis VII sowie durch seine zahlreichen Funktionen in Wirtschaftsgruppen und Parteigliederungen stieg Riehm „zu einer regionalen Schlüsselfigur der Kriegsindustrie“ auf⁴⁵. Gerade Männern wie Riehm wollte Meyer nicht das Feld bei der MAN überlassen. Als er bei Kriegsausbruch 1939 ein Angebot der Schweizer Firma Sulzer erhielt, in Winterthur zu arbeiten, ersuchte Paul Reusch ihn dringend zu bleiben und in der erwarteten

⁴⁰ Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 366.

⁴¹ MAN-WA Augsburg, I. 2. 1, Nr. 7.

⁴² Otto Meyer an Stella Meyer vom 20. 7. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

⁴³ Entlastungserklärung Wellhausen, AZ V/1438, vom 22. 4. 1947, S. 48f., in: Staatsarchiv Nürnberg (künftig: StA Nürnberg), SprK Nbg. V/W-122, Bl. 116/117; Zeugenaussagen Zippelius und Foth im Spruchkammerverfahren, Verhandlungsprotokoll 29. 4. 1947, in: Ebenda, Bl. 134/135.

⁴⁴ Spruchkammerakte Heinrich Riehm, Klageschriftserwiderung vom 7. 1. 1948, S. 14, in: Staatsarchiv Augsburg (künftig: StA Augsburg), Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 40.

⁴⁵ Gerhard Hetzer, Unternehmer und leitende Angestellte zwischen Rüstungseinsatz und politischer Säuberung, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1989, S. 551–591, hier S. 561.

schwierigen Zeit die MAN weiterzuführen⁴⁶. Meyer blieb auf seinem Posten, auch wenn ihm größerer Einfluss in der Rüstungsbürokratie verwehrt war, um den er sich freilich kaum bemühte. Dennoch kam auch das Dritte Reich nicht umhin, seine Verdienste zumindest oberflächlich anzuerkennen. 1940 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, im Mai 1942 das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse. Allerdings zeigte er sich davon nur mäßig begeistert, denn andere Termine waren ihm wichtiger, und er sagte seine Teilnahme an der Ordensverleihung in der Reichskanzlei ab⁴⁷.

4. Die MAN und die europäische Großraumwirtschaft

Als Frankreich im Juni 1940 kapitulierte, übermittelte Otto Meyer der GHH seine Vorstellungen für eine künftige Neugestaltung Europas unter deutscher Führung. Diese Denkschrift ging auf ein Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie zurück, die das Ziel verfolgte, „umgehend festzustellen, welche Wünsche für den kommenden Friedensvertrag und für die Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen im europäischen Raum bestehen“⁴⁸. Dabei sollte sich die Darstellung der Nachkriegsbedürfnisse ausdrücklich nicht nur auf besetzte Gebiete, sondern auch auf die neutralen skandinavischen Staaten und den Balkan erstrecken. In Meyers Niederschrift wird der damals vorherrschende Gedanke der Großraumwirtschaft sichtbar. Damit sah Meyer zwar wie die Reichsregierung die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands als Ziel an, wollte dieses jedoch keineswegs auf dem Wege rücksichtsloser Unterwerfung verwirklicht sehen: „Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Neubau der europäischen Wirtschaft bildet die Regelung der Währungsfrage und im Zusammenhang damit eine Stabilisierung der Kursverhältnisse. [...] Eine weitere Grundlage für die wirtschaftliche Neuregelung wird die Überprüfung der Kapazitäten der europäischen Industrien bilden. Im grossen und ganzen gesehen, muss bezüglich der weiterverarbeitenden Industrien, insbesondere des Maschinenbaues, die Regelung wohl dahingehen, den gegenwärtigen Stand nicht zu erweitern. Es muss also insbesondere verhindert werden, dass sich nichtindustrialisierte Länder eigene weiterverarbeitende Industrien schaffen bezw. die bestehenden erweitern, soweit deren Ausbau nicht als Ergänzung der deutschen Industrie gewünscht ist. [...] Für einzelne europäische Länder wäre u.U. eine Produktionseinschränkung zu Gunsten der deutschen Maschinenindustrie anzustreben, zum mindesten wird eine Preisverständigung bei Wettbewerben auf dritten Märkten zu fordern sein. [...] Das

⁴⁶ Notiz Luther, MAN-WA Augsburg, vom 9. 7. 1985 aufgrund der Auskunft von Dr. Fetzer, eines langjährigen Mitarbeiters und Vertrauten von Meyer, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93.

⁴⁷ Fernschreiben Otto Meyer vom 18. 5. 1942 an Reinecke/MAN-Büro Berlin, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 17.

⁴⁸ Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie über die „Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen“ vom 26. 6. 1940, zit. nach Hans-Erich Volkmann, *Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik*, hrsg. von Bernhard Chiari, München 2003, S. 91.

Bestreben nach Vereinheitlichung und Angleichung auf dem kaufmännischen Gebiete muss mit einer Vereinheitlichung der technischen Begriffe Hand in Hand gehen. So ist es ein dringendes Bedürfnis, das in Deutschland und den meisten übrigen europäischen Ländern gebräuchliche Mass- und Gewichtssystem allgemein einzuführen. [...] Wünschenswert wäre ein weitgehender gegenseitiger Zollabbau und ein Verschwinden bezw. eine Verringerung der Einfuhrkontingente auf ein Mindestmass.⁴⁹

Im Hinblick auf die künftigen Möglichkeiten für die deutsche Industrie mag Otto Meyer die Siege über die Nachbarländer durchaus begrüßt haben. Tatsächlich tat die MAN unter seiner Führung jedoch wenig, dorthin zu expandieren. Vielmehr baute man bestehende Lieferantenbeziehungen weiter aus. Der Krieg im Westen hatte die Geschäftsbeziehungen der MAN zu Frankreich zwar kurz unterbrochen, doch bereits im Sommer 1941 vergab das Unternehmen eine Lizenz zur Herstellung ihres Lastwagenmotors 0534 an die Firma Latil in Suresnes bei Paris. Auch kam man überein, dass das französische Unternehmen Ackerschlepper nachbauen durfte⁵⁰. In der Folge wurden etwa 15 bis 20 Schlepper je Monat gefertigt⁵¹.

Frankreich war für die MAN der wichtigste Partner für seine Auftragsverlagerung. 1941 und 1942 wurden Aufträge für insgesamt 13,5 Millionen RM dort für die MAN bearbeitet, 64 Prozent der gesamten Aufträge, die das Unternehmen außerhalb Deutschlands vergeben hatte⁵². Dabei nutzte man die Geschäftskontakte aus der Vorkriegszeit. Die MAN schickte unter anderem Rohmaterial für Kolbenstangen, Treibstangen und Treibstangendeckel zur Weiterbearbeitung an das französische Werkunternehmen Chantiers et Ateliers in St. Nazaire-Penhoët⁵³, einem Unternehmen, das der MAN seit vielen Jahren durch Lieferbeziehungen verbunden war⁵⁴. 1941 wurden Verhandlungen mit der Firma Rateau aus Paris und der französischen Pescara-Gruppe geführt. Dabei sollte Rateau für die Kriegsmarine im Auftrag der MAN zwei Gasturbinenanlagen bauen. Ferner war ein Options- und Lizenzvertrag im Gespräch⁵⁵.

⁴⁹ Otto Meyer an GHH Konzernstelle vom 9.8.1940 betr. „Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen“, in: RWVA-GHH, 40010131/19.

⁵⁰ Interne Monatsberichte Werk Nürnberg, Monat September 1941, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-86, Nr.117.

⁵¹ Hermann Kellermann an Wellhausen vom 9.6.1944, in: RWVA-GHH, 40010131/101.

⁵² GHH-Konzern „Auftragsverlagerung“ vom 29.2.1943, Bl. 3 u. 10, in: MAN-WA Augsburg, R28/V-8, Nr.133.3. Zu den Auftragsverlagerungen nach Frankreich vgl. allgemein Jonas Scherner, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Buchheim/Marcel Boldorf (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München 2012, S.69–92.

⁵³ Abschrift MAN an Chantiers et Ateliers, St.Nazaire-Penhoët, vom 5.7.1943, in: MAN-WA Augsburg, I.5.0, Nr. 1, I-5.

⁵⁴ Zusammenstellung in: MAN-WA Augsburg, 3.36.3, Nr.1 (ohne Verfasser und Datumsangabe).

⁵⁵ MAN-Vorstandssitzung vom 12.3.1943, in: Ebenda, 13.1.3.

Insofern lag die Strategie der MAN nicht ganz auf der Linie des Reichswirtschaftsministeriums, das die Industrie ausdrücklich zur Beseitigung der Konkurrenz und Beherrschung der Märkte über Kapitalbeteiligungen vor allem an westeuropäischen Unternehmen und zur Bildung von Kartellen aufforderte⁵⁶. In ähnlich vorsichtiger Weise handelte der Konzern nach der Besetzung Polens. Die Muttergesellschaft GHH erwarb erst Mitte 1941 die Schlesische Metallindustrie GmbH für etwa 85.000 RM und gliederte sie als Maschinenfabrik Tarnowitz dem Konzern an⁵⁷. Diese Akquise blieb die einzige größere Erwerbung der GHH während des Krieges⁵⁸. Die MAN-Leitung verhielt sich sogar noch verhaltener, obwohl die wirtschaftlichen Möglichkeiten „im Osten“ mehrfach im Vorstand erörtert wurden⁵⁹. Man interessierte sich lediglich kurzzeitig für eine Kranbaufirma im General-Gouvernement und wollte Kontakte zum polnischen Stahl- und Maschinenbaukonzern Spółka Akcyjna Wielkich Pieców i Zakładów Ostrowieckich ausbauen, mit dem die MAN in Lizenzbeziehung stand. Die Betriebe wurden zwar besichtigt, jedoch blieb es dabei und es kam zu keinen Übernahmen oder Beteiligungen⁶⁰.

Wie ein großer Teil der deutschen Industrie, der der Forderung nach Kapitalbeteiligungen nicht in dem von der Reichsregierung gewünschtem Maße folgte⁶¹, wollte die MAN eigene Ressourcenengpässe über Auftragsverlagerungen lösen. Die im Reichswirtschaftsministerium spätestens seit 1942 propagierte „Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ suchte denn auch im Zuge eines von Deutschland dominierten Produktionsnetzwerkes die deutschen Clearingdefizite zu reduzieren⁶². Um Hermann Görings Forderung zu erfüllen, „für die Nachkriegszeit den wirtschaftlichen Machtbereich Deutschlands in Europa“ soweit wie möglich auszudehnen⁶³, leistete die MAN einen eher geringen Beitrag, vielmehr vermied man wirtschaftlich riskante Abenteuer mit unbekanntem Geschäftspartnern und investierte eigenes Kapital in den Ausbau der heimischen Produktionsanlagen.

Auch wenn der Vorstand der NS-Regierung keine Sympathie entgegenbrachte, unterstützte das Unternehmen nicht nur aus vaterländischer Pflicht, sondern um des wirtschaftlichen Vorteils willens die Rüstungsanstrengungen. So kam Meyer

⁵⁶ Vgl. Volkmann, *Ökonomie und Expansion*, S. 91 f., Verweis auf eine Rede und ein Protokoll Ministerialdirektors Schlotterers vom Juli/Oktober 1940.

⁵⁷ Vgl. Erich Maschke, *Es entsteht ein Konzern. Paul Reusch und die GHH*, Tübingen 1969, S. 203. Der Betrieb beschäftigte im Juli 1941 190 Arbeiter und Angestellte, im Juli 1943 358 und Ende 1944 440. Er stellte vor allem Förderwagen her (Monatsbericht Dezember 1944 der Maschinenfabrik Tarnowitz vom 9. 1. 1945 an Kellermann, in: RWWA-GHH, 40010131/19, sowie Geschäftsbericht der Maschinenfabrik Tarnowitz GmbH für 1944/45, in: Ebenda, 40010131/92).

⁵⁸ Vgl. Harold James, *Familienunternehmen in Europa*. Haniel, Wendel und Falck, München 2005, S. 229.

⁵⁹ MAN-Vorstandssitzung vom 23. 8. 1940, in: MAN-WA Augsburg, 13. 1. 3.

⁶⁰ MAN-Vorstandssitzung vom 5. 3. 1940, in: Ebenda.

⁶¹ Vgl. Willi A. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft 1930–1945*. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 293.

⁶² Ebenda, S. 292 f.

⁶³ Göring an Funk vom 17. 8. 1940, zit. nach Volkmann, *Ökonomie und Expansion*, S. 93.

als Leiter der MAN den Wünschen der Reichswehr und später der Wehrmacht gerne entgegen. Während das Augsburger MAN-Werk noch in der Weltwirtschaftskrise händeringend um die Vergabe für die Großdieselmotoren der ersten Panzerkreuzer gekämpft hatte, wurde Augsburg als Produktionsstätte und Lizenzgeber für U-Bootsmotoren bald einer der wichtigsten Zulieferer für die Werften der Kriegsmarine. Geschütz-, Haubitzen- und Zünderherstellung ergänzten das Portfolio der MAN⁶⁴. Dabei gewann im Laufe der Zeit eine weitere Fertigungssäule rasch an Bedeutung, die anfangs nur als Lückenbüsser gedacht war, aber im Zweiten Weltkrieg den Waggon- und Lastwagenbau als wesentliches Geschäft des Nürnberger Werks verdrängte: die Panzerfertigung.

5. Panzerbau: Einsatz für die deutsche Rüstung

Für Staatsführung, Industrie und Wehrmacht entwickelte sich die Rüstungspolitik zu einem arbeitsteiligen Nebeneinander. General Thomas gedachte, das Beziehungsgefüge auf eine einfache Weise zu ordnen, indem „die wehrwirtschaftliche Führung den Unternehmern erlaube, Geld zu verdienen, denn dafür seien sie schließlich da“⁶⁵. Entsprechend gingen die Verantwortlichen auch auf die MAN zu. Auf Veranlassung des Heereswaffenamts (HWA) begann man nach intensiven Besprechungen und Vorbereitungen bereits 1933, im MAN-Werk Nürnberg eine umfangreiche Produktionsstätte für Panzerwagen einzurichten. Zwar wurden zunächst lediglich Fahrzeuge nach fremden Zeichnungen produziert, doch beauftragte das HWA von vornherein die MAN damit, „selbständig neue Kampfswagen zu entwickeln“⁶⁶. In einer Besprechung beim Heereswaffenamt am 21. Februar 1934, an der auch Otto Meyer als Vertreter der MAN teilnahm, wurde der bevorstehende Beschaffungsauftrag für einen mittleren Kampfpanzer diskutiert. Als Produktionsstätte stand das MAN-Werk Nürnberg fest⁶⁷. Obwohl die Panzerfertigung für die MAN noch eine untergeordnete Rolle spielte, wollte die Unternehmensführung bei der einsetzenden Wiederaufrüstung nicht abseits stehen. Am 24. April 1936 schloß die MAN mit dem Oberkommando des Heeres (OKH) einen geheimen Zehnjahresvertrag zur Entwicklung von Panzerkampfwagen. Das OKH hatte dabei „das uneingeschränkte und abgabefreie Benutzungsrecht, fer-

⁶⁴ Deren Darstellung und der zugrundeliegenden Handlungsmotivation der MAN-Leitung erfolgt in meiner derzeit in Arbeit befindlichen Dissertation.

⁶⁵ Karl-Heinz Ludwig, Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, Düsseldorf 1975, S. 39–64, hier S. 61, mit Verweis auf Maxime Y. Woolston, *The Structure of Nazi Economy*, New York 1941 (Neudruck 1968), S. 50 f.

⁶⁶ Bericht der MAN zur 2. Sitzung des Forschungsausschusses beim Reichsministerium für Bewaffnung und Munition am 18. 4. 1940 in Berlin, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 27.

⁶⁷ Englische Übersetzung des Aktenvermerks Merker vom 21. 2. 1934, translation of document No. NI-1469 Office of Chief of Counsel for War Crimes, in: StA Nürnberg, KV-Anklage, NI-1469.

ner das Recht der Vervielfältigung der Zeichnungen und Schriftsätze und deren Mitteilung an andere“⁶⁸.

Nach Kriegsausbruch nahm die Bedeutung des Panzerbaus stetig zu. Bis August 1940 entwarf die MAN vier verschiedene Panzertypen. Zu diesem Zeitpunkt betrug die monatliche Fertigungskapazität 30 Panzer, doch war bereits ein Ausbau auf 50 Kampfwagen vorgesehen. Seit Frühjahr 1941 wurde die Fertigung von Panzern um weitere 60 Prozent ausgebaut, so dass monatlich 20 Panzer vom Typ III und 50 Panzer Typ II gebaut werden konnten⁶⁹.

Das Heereswaffenamt zeigte sich erfreut über die Arbeit der MAN. General Emil Leeb, der mit dem MAN-Vorstand freundschaftlich verbunden war, betonte mit Blick auf Otto Meyer nicht umsonst, er habe sich „stets für die Interessen des Heeres eingesetzt“ und dadurch „zu einem wesentlichen Teil beigetragen, unsere Schlagkraft zu erhöhen“⁷⁰. Umso mehr war man im Vorstand erstaunt, dass man im zuständigen Reichsministerium für Bewaffnung und Munition mit den Produktionsleistungen der MAN offenbar alles andere als zufrieden war. In einem Schreiben an alle Panzerhersteller betonte Minister Fritz Todt, man hoffe, „durch straffe Führung eine bedeutsame Steigerung der laufenden Fertigung erreichen [zu] können“. Dabei verwies er auf die „Leistungsfähigkeit der kommunistischen Staatswirtschaft. Man mag die Rücksichtslosigkeit des Arbeitseinsatzes, die Aufpeitschung zur Leistung und die harten Zwangsmaßnahmen, mit denen jeder Leistungsausfall bestraft wird, verurteilen, die Leistung, die damit erreicht wurde, verdient Beachtung.“ Mit einer handschriftlichen Bemerkung kritisierte er dabei ausdrücklich die MAN, die im Juli 1941 statt der geplanten 30 nur 16 Panzer ausgeliefert habe: „Mit der MAN ist es in [der] Panzerfertigung noch nicht ganz das Richtige.“⁷¹ Die MAN beeilte sich, den Anwurf zu entkräften, und verwies auf bereits ergriffene Maßnahmen zur Leistungserhöhung und die in Bau befindlichen zusätzlichen Gebäude und noch anzuliefernden Werkzeugmaschinen zur Kapazitätssteigerung⁷². Um die Maschinen in der zweiten Schicht voll auszulasten und die Arbeitszeit wieder auf 60 Stunden reduzieren zu können, hatte man über den Sonderausschuss Panzer 265 zusätzliche Facharbeiter angefordert⁷³.

Mit Unverständnis reagierte man daher im Unternehmen auf erneute scharfe Vorwürfe, diesmal vom Hauptdienststellenleiter im Munitionsministerium, Karl-

⁶⁸ Anlage zum Schreiben OKH Wa Prüf 6 (va) Bb.Nr.1290/36 vom 25.4.1936 (das Schreiben selbst ist nicht im Archiv vorhanden). Der Vertrag wurde seitens MAN von Hans Wellhausen und Paul Wiebicke unterzeichnet; MAN-WA München 1.6.5 VIII/I, lose. Die folgenden Angaben finden sich ebenda.

⁶⁹ Wellhausen an Otto Meyer vom 13.6.1941 betr. „Fertigung für Rüstungszwecke“, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 27.

⁷⁰ General Leeb/HWA an Otto Meyer vom 7.12.1940, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/55.

⁷¹ RM Todt, Nr.371-4350/41g, an Otto Meyer vom 5.8.1941, in: MAN-WA München, 1.6.5 VIII/I, 315.1-5.12.

⁷² Otto Meyer an RM Todt vom 9.8.1941, in: Ebenda.

⁷³ Plochmann an RM Todt vom 16.8.1941, in: Ebenda.

Otto Saur, der den Nürnberger Leiter des Panzerwagenbaus für die angeblich ungerechtfertigte Anforderung von Arbeitskräften kritisierte. Laut Saur, den Adam Tooze als die „Verkörperung des politischen Manipulators“ und „Rottweiler des Rüstungsministeriums“ bezeichnet hat⁷⁴, wurden ausreichend Arbeitskräfte zugewiesen oder Aufträge zurückgezogen. Es sei „unverantwortlich“, wie die MAN agiere⁷⁵. Otto Meyer beschwerte sich im Reichsministerium darüber, denn der „Ton, den Herr Saur in dieser Unterredung angeschlagen hat, trägt meiner Ansicht nach nicht dazu bei, die gegenseitige Zusammenarbeit zu fördern. Ich kann nur immer wieder sagen, dass das Werk Nürnberg sich mit seiner ganzen Kraft für die Förderung des Kampfwagenbaues eingesetzt hat, und deshalb bin ich überrascht, dass Herr Saur eine so scharfe und unberechtigte Kritik über die M.A.N. fällt.“⁷⁶

In einer auf Wunsch der MAN einberufenen gemeinsamen Besprechung mit dem Sonderausschuss Panzer, dem Munitionsministerium und den Wehrkreisbeauftragten wurden die Arbeitskräfteanforderungen der MAN und tatsächlichen Zuweisungen der letzten Monate dargelegt. Man hielt fest: „Die M.A.N. legt Wert auf die Feststellung, dass die von ihr gemachten Angaben bezüglich der Arbeitskräfte-Anforderung zurecht bestehen.“⁷⁷ Die Unternehmensführung fürchtete aber ungewisse Konsequenzen. Daher verstärkte man weiterhin die Anstrengungen, die Produktion zu steigern. Für das vierte Quartal 1941 war geplant, monatlich je drei Panzer mehr zu fertigen als im Soll-Programm vorgesehen waren; statt 35 sollten es nun 38 Panzer III werden⁷⁸.

Als Ende Juli 1941 der überlegene T-34 die deutschen Truppen an der sowjetischen Front überraschte, forderte das OKH eilig ein Fahrzeug, das diesem an Feuerkraft, Panzerung und Beweglichkeit ebenbürtig sei⁷⁹. Zwar gab das Heereswaffenamt erst am 3. Februar 1942 das technische Lastenheft für den neuen Panzerkampfwagen V „Panther“ heraus, doch bereits 17 Tage später hatte das Nürnberger MAN-Werk die wesentlichen konstruktiven Fragen geklärt⁸⁰. Daraufhin leitete die MAN sogleich auch umfangreiche Maßnahmen ein, um eine Serienproduktion des „Panther“ sicherstellen zu können. Die Arbeitskräfte sollten zum Teil aus anderen Abteilungen herausgezogen werden. Vor allem aber sollten neben den bisher bereits eingesetzten 720 Fremdarbeitern aus der Sowjetunion und Kriegsgefangenen in großem Umfang weitere Zwangsarbeiter aus dem Osten die Produktion steigern. Es war vorgesehen, das Barackenlager für die Unterbrin-

⁷⁴ Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 643.

⁷⁵ Reisebericht Steinmesse/Leiter Panzerbau MAN-Werk Nürnberg zur Besprechung mit Reichsamtseiter Saur am 5. 11. 1941, in: MAN-WA München, 1. 6. 5 VIII/I, 315.1–5.4.

⁷⁶ Otto Meyer an General Ritter von Radlmeier vom 8. 11. 1941, in: MAN-WA München, 1. 6. 5 VIII/I, 315.1–5.12.

⁷⁷ Aktenvermerk zur Besprechung am 6. 12. 1941, in: Ebenda.

⁷⁸ Plochmann/MAN an Rohland/Sonderausschuss Panzer vom 11. 11. 1941, in: Ebenda.

⁷⁹ Vgl. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, *Die deutschen Panzer 1926–1945*, Augsburg 2002, S. 77. Zu technischen Angaben der ersten Ausführung des „Panthers“ vgl. Datenblatt Wa Prüf 6 „Typ Panther VK3002(MAN)“ vom 5. 3. 1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 8 I/1673, Nr.G6139.

⁸⁰ Vgl. Walter J. Spielberger/Hilary L. Doyle, *Der Panzerkampfwagen Panther und seine Abarnten*, Stuttgart 1978, S.16.

gung von 1500 sowjetischen Arbeitskräften zu erweitern⁸¹. Diese Anstrengungen der MAN zahlten sich aus. Der Panther-Ausschuss gab am 11. Mai 1942 gegenüber Ferdinand Porsche, dem Vorsitzenden der Panzerkommission, seine Entscheidung zugunsten des MAN-Entwurfs bekannt. Nachdem das Gutachten Hitler vorgelegt wurde, wurde die MAN am 15. Mai 1942 durch das OKH informiert, dass der „Panther“ nach MAN-Bauart in Serie zu fertigen sei⁸². Die Produktion des „Panther“ begann schließlich im November 1942 zunächst in Nürnberg. Es war vorgesehen, dass ab Mai 1943 eine Gesamtproduktion von 250 Panzern im Monat in allen Werken erfolgen sollte⁸³.

Die Durchführung des Programms in der Rüstungsindustrie übertrug Albert Speer – seit Februar 1942 Reichsminister für Bewaffnung und Munition – seinem Amtschef Saur. Um die Bedeutung der Panzerproduktion zu unterstreichen, verfügte Hitler am 22. Januar 1943, dass sämtliche zivilen und militärischen Dienststellen das Ministerium Speer „mit allen zur Verfügung stehenden Kräften nachdrücklichst zu unterstützen haben“⁸⁴. Denjenigen, die dieser Weisung nicht nachkamen, drohte eine Anklage vor dem Volksgerichtshof. Die Rüstungsbürokratie hatte das Prinzip der unternehmerischen Freiheit im Rahmen der Kriegswirtschaft spätestens zu diesem Zeitpunkt zur Chimäre werden lassen. Zudem unterband das Regime wirksam destabilisierende Aktivitäten. Die brutalen Methoden, mit denen SD und Gestapo die Arbeitsdisziplin in den Fabriken aufrecht erhielten, stießen in den Führungsetagen der Unternehmen zwar immer wieder auf Kritik, wurden aber letztlich hingenommen. Der Handlungsspielraum der Betriebe, sich der Rüstungsproduktion zu entziehen, schwand zunehmend. Je länger der Krieg andauerte, desto größer wurde das Risiko für kriegswichtige Firmen, unter staatliche Kuratel gestellt zu werden. Joachim Scholtyseck stellte für die Geschäftsleitung von Bosch vor allem die Sorge heraus, den Rest an unternehmerischer Handlungsfähigkeit zu verlieren. Aber auch die drakonischen Strafen für Obstruktion erzeugten bei den Unternehmern eine Angst, die selbst kritische Geister zur unfreiwilligen Komplizenschaft mit dem verbrecherischen NS-Regime bewog⁸⁵.

Bei der MAN bedurfte es solcher Drohungen nicht, wenn es um Rüstungsfragen ging. Otto Meyer versicherte dem Chef des HWA, General Leeb, „dass ich auf Grund der jahrelangen Zusammenarbeit mit Ihnen und dem Heereswaffenamt alles tun werde, um Ihrem Wunsch bezüglich des Panzerwagen-Programms zu ent-

⁸¹ Garnjost/MAN Nürnberg an Otto Meyer vom 20.3.1942, in: MAN-WA München, I. 6.5 VIII/I, 315.1–4.7.

⁸² Abschrift OKH, Wa Prüf 6/Pz., Bb.Nr.8690/42g, vom 15.5.1942 an Chef H Rüst u.a., in: Ebenda.

⁸³ Vgl. von Senger und Etterlin, Panzer, S. 80; Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin 1968, S. 94.

⁸⁴ Führerlerlaß vom 22. 1. 1943, in: BArch Koblenz, R3/1023, fol.76 f., zit. nach Janssen, Speer, S. 96.

⁸⁵ Vgl. Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999, hier v.a. S. 384–387.

sprechen, schon wegen des Wohlwollens, das Sie bisher gerade der M.A.N. immer entgegengebracht haben“⁸⁶.

Hier zeigt sich das gute Verhältnis, das Meyer zur Wehrmacht pflegte. Dies galt nicht nur für die Beziehungen zum OKH beim Panzerbau, sondern in gleicher Weise auch für die Beziehungen zum Oberkommando der Marine (OKM). Die MAN versuchte stets, die Zielvorgaben zu erfüllen. Bis Mitte 1943 gelang es der MAN auch, trotz aller Probleme bei der Materialbeschaffung, die mit den U-Boot-werften vereinbarten Liefertermine für Dieselmotoren einzuhalten⁸⁷.

Spannungen ergaben sich dagegen wegen der Zumutungen von Rüstungs-bürokraten wie Karl-Otto Saur, die insbesondere seit 1943 immer schärfer wurden. Im August zeigte sich Saur äußerst ungehalten darüber, dass die MAN anscheinend im Werk Nürnberg noch 1600 Arbeiter für die Waggonfertigung einsetze und noch Eisenbahnwaggons statt Panzer baue. Ultimativ verlangte er, dass der Wehrkreisbeauftragte des Rüstungsbezirks XIII über „eine sofortige Umsetzung von vollwertigen Arbeitskräften aus der Waggonfertigung in die Panzerfertigung“ entscheiden sollte, um die Kapazitäten vollständig für die Produktion der „Panther“ zu nutzen⁸⁸. Per Fernschreiben warf Saur der MAN vor, „dass das Werk und die Konzernleitung unter der gegebenen Notlage sich des Verschweigens dieser Möglichkeit der Ausweichung [der Personalumsetzung aus dem Waggonbau] einer schwersten unverantwortlichen Unterlassung schuldig gemacht hat“⁸⁹.

Die MAN-Führung replizierte – wie auch schon früher –, dass für den Waggonbau wie auch für die Kran-, Turbinen- und Pressenfertigung Aufträge mit höchster Dringlichkeitsstufe vorlägen⁹⁰. Diesmal hatte die MAN mit diesem Argument aber keinen Erfolg, sie sah sich im Gegenteil mit der Forderung konfrontiert, den Waggonbau sofort einzustellen. Die Rüstungskommission lehnte eine Stilllegung zwar ab, da „der Waggonbau der MAN eine vollkommen durchrationalisierte Fertigung“ sei und im Gegensatz zu weniger leistungsfähigen Fabriken einen entsprechenden Ausstoß aufweisen könne⁹¹. Am 10. September 1943 verfügte allerdings Rüstungsminister Albert Speer persönlich, dass der „gesamte Waggonbau der MAN ab sofort ohne Auslauf stillzulegen“ sei, um die freiwerdenden Arbeitskräfte

⁸⁶ Otto Meyer an General Leeb vom 19. 3. 1943, Nr.0808/42 Geh.Wug Stab, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.3.

⁸⁷ Die in den MAN-Lieferstatistiken der Jahre 1941/1942 angegebenen Versandtage der Motoren decken sich durchweg mit dem genannten, „v. Bauwerft verlangten Termin“. Allerdings ist nicht angegeben, ob dieser der ursprüngliche Termin bei Auftragsingang oder ein zu einem späteren Zeitpunkt festgelegtes Datum darstellt; MAN-WA Augsburg, 3. 36. 1.4.1, Nr.2.

⁸⁸ Saur, Chef des technischen Amtes im Rüstungsministerium, an Wehrkreisbeauftragten XIII Gauamtsleiter Klingler, Otto Meyer und Direktor Rathje in Nürnberg vom 28. 8. 1943, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 97.

⁸⁹ Fernschreiben Saur an Otto Meyer vom 28. 8. 1943, Original in Kleinschreibung, Umlaute wie zitiert, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1.

⁹⁰ Wellhausen an Karl Lange/Wirtschaftsgruppe Maschinenbau vom 29. 7. 1943, in: Ebenda.

⁹¹ Protokoll Schulze/MAN Nürnberg vom 30. 8. 1943, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.10.

im Lastwagen- und Panzerbau einsetzen zu können⁹². Dieser Entscheidung waren mehrere Besprechungen bei Hauptdienststellenleiter Saur vorausgegangen, bei denen er hauptsächlich der MAN, aber auch Daimler-Benz vorwarf, die Rüstungs- und vor allem Panzerproduktion nicht energisch genug voranzutreiben. Dabei verlangte er apodiktisch, „das privatwirtschaftliche Denken bei der MAN müsse aufhören“⁹³.

Dieser Konflikt fiel in eine Zeit, in der das Ministerium Speer die Kontrolle der Rüstungsproduktion im eigenen Haus zu konzentrieren suchte. Im Sommer 1943 hatte es bereits die Marinerüstung vom OKM übernommen, mit dem Erlass über die „Konzentration der Kriegswirtschaft“ vom 2. September desselben Jahres auch die Verantwortung für die zivile Produktion vom Reichswirtschaftsministerium. Die Produktionsentscheidungen sollten sich künftig bedingungslos den Zielen des Totalen Krieges unterordnen⁹⁴. Zudem ging das Regime angesichts der sich verschlechternden Stimmungslage immer härter gegen jeden vor, der Zweifel am deutschen „Endsieg“ äußerte. Auch prominente Geschäftsleute blieben nicht verschont; zwei Filialdirektoren der Deutschen Bank wurden im Herbst 1943 sogar wegen Defätismus hingerichtet⁹⁵. Im Totalen Krieg sollten sich die Produktionsentscheidungen der privaten Wirtschaft ausschließlich an der Rüstung orientieren. Zudem plante man in Berlin, durch „Durchkämmung“ des zivilen Bereichs hunderttausende weiterer Arbeitskräfte zu mobilisieren⁹⁶. Keine zehn Tage nach der Entscheidung Speers meldete denn auch Otto Meyer, „dass wir unseren Waggonbau in kürzester Zeit aufgelöst haben“⁹⁷. Saur ließ die Schließung des Waggonbaus Anfang 1944 nochmals ausdrücklich durch den Wehrkreisbeauftragten prüfen. Der Umfang der Panzerfertigung an der Gesamtkapazität des Werkes Nürnbergs, die bis dahin weniger als 30 Prozent betragen hatte, stieg nun kontinuierlich an und lag bereits im November 1943 bei über 63 Prozent⁹⁸.

Um die geforderten Stückzahlen zu erreichen, verteilte man die Produktion von Teilen für den „Panther“ auf die Werke Nürnberg und Augsburg, auch wenn dies zu logistischen Problemen führte. Sogar Otto Meyer schaltete sich ein, als im Herbst 1943 Rohmaterial für bestimmte Komponenten, die teilweise im Werk Augsburg bearbeitet wurden, nicht wie erwartet mit Eilwaggon aus Nürnberg ankam. Meyer wies Werkleiter Johannes Rathje dringend an, „dass Rohteile fortlaufend geliefert werden, da wir sonst die Fabrikation nicht reibungslos durchfuehren

⁹² Aktennotiz Rathje über die Besprechung im Munitionsministerium am 6. 9. 1943, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, I. 3. 3.5, Akt 97.

⁹³ Saur nach Aktenvermerk Hehmann/MAN-Werk Nürnberg vom 2. 9. 1943, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1.

⁹⁴ Vgl. Ludolf Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, S. 255 ff.

⁹⁵ Vgl. Harold James, *Die Deutsche Bank im Dritten Reich*, München 2003, S. 209.

⁹⁶ Vgl. Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 692.

⁹⁷ Otto Meyer an Rathje vom 18. 9. 1943, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.10.

⁹⁸ Rathje an Kellermann vom 2. 2. 1944, in: Ebenda.

koennen“⁹⁹. Meyer erwartete im Frühjahr 1944 weitere Erhöhungen der Sollzahlen: „Die MAN hat in ihren drei Werken in den Sonderprogrammen, U-Bootsmotoren, U-Bootsschuss-Fertigung und Panzerfertigung das Äusserste getan und ist immer bereit, das Unmögliche möglich zu machen, aber immer unter der Voraussetzung, dass man seine [sic!] Wünsche zur Möglichenmachung solcher Forderungen erfüllt.“¹⁰⁰

Der „Panther“ wurde somit immer mehr zum Fixpunkt für das Werk Nürnberg. Produzierte die MAN 1943 bereits 525 Panzer, so wurde die Fertigung im folgenden Jahr mit 1385 fast verdreifacht¹⁰¹. Im Geschäftsjahr 1944/45 machten die Verkäufe des Panzers, einschließlich der Maybach-Motoren und Ersatzteile, 78 Prozent des Umsatzes aus – bei einem Jahresumsatz des Werks Nürnberg von 198 Millionen RM. Die LKW-Fertigung, einschließlich der Ersatzteile, erreichte hingegen einen Umsatz von nur noch elf Millionen RM oder sechs Prozent¹⁰². Der Einsatz Meyers für die deutsche Rüstung und insbesondere die Zusammenarbeit der MAN mit der Wehrmacht waren für ihn selbstverständliche Pflichterfüllung. Der Druck und die Drohungen der Rüstungsplaner, allen voran Karl-Otto Saur, trugen nicht wenig dazu bei, auch kritische Geister wie Meyer gefügig zu halten. Dabei verstärkten die Zerstörungen deutscher Städte durch die Luftangriffe bei Meyer nicht nur die Gewissheit, der Krieg sei verloren; der Unternehmer war vielmehr davon überzeugt, dass er in einer Katastrophe enden würde. Unmittelbar nach dem großen Luftangriff auf Augsburg in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1944, der die Stadt in Schutt und Asche legte und über 700 Todesopfer forderte, schrieb Meyer an Paul Reusch, die „Mitarbeiter bringen aber den Mut nicht auf, die Wahrheit zu erkennen, wie schwer wir getroffen [sind]. Sie klammern sich bei ihren Hoffnungen an alles das, was noch einigermaßen erhalten ist, und sehen nicht, was zerstört ist. [...] Sie hoffen, was sie nicht hoffen dürften, und befürchten nicht, was sie fürchten müssen. Vielleicht ist es eine Erscheinung der heutigen Zeit, dass man die Wahrheit nicht erkennen will.“¹⁰³

In den nebulösen Andeutungen kommt zum einen die Trauer über die Zerstörungen nicht nur des Werks, der Stadt und des ganzen Landes zum Ausdruck, sondern auch die Verzweiflung, dass dem Niedergang kein Einhalt zu gebieten sei. Dennoch arbeitete Meyer loyal für Unternehmen und Vaterland. Um die Pro-

⁹⁹ Fernschreiben Otto Meyer an Rathje vom 4.9.1943, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.4, 12–6; Original in durchgehender Kleinschreibung, Umlaute wie zitiert.

¹⁰⁰ Fernschreiben Otto Meyer an Dr. Blaicher vom 9.5.1944, in: Ebenda; Original in durchgehender Kleinschreibung, Umlaute wie zitiert.

¹⁰¹ Übersicht MAN Nürnberg „Planned and actual monthly production“ nach Fragebogen des United States Strategic Bombing Survey (USSBS) vom 12.5.1945, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1. Die Zahlen beziehen sich nur auf die MAN. Daimler-Benz, MNH (Maschinenfabrik Niedersachsen Hannover) und Henschel als weitere Herstellerfirmen produzierten etwa zwei Drittel der bis Kriegsende gefertigten 6000 „Panther“.

¹⁰² Übersicht Thielen für USSBS vom 8.5.1945, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1. Umsatz in „Übersicht Werk Nürnberg Finanzen-Umsätze-Auftragsgänge 1929–1953“, in: MAN-WA Augsburg, 1.5.0. Das Geschäftsjahr der MAN lief vom 1. Juli bis 30. Juni des Folgejahres.

¹⁰³ Otto Meyer an Reusch vom 27.3.1944, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/102.

duktionsziele zu erreichen, setzte die MAN unter Otto Meyer Tausende von Zwangsarbeitern in allen Werken ein, jedoch keine KZ-Häftlinge. Der Höchststand war 1944 erreicht, als die MAN 8.500 Zwangsarbeiter, die GHH insgesamt 31.500 beschäftigte¹⁰⁴. Die Lebensbedingungen, vor allem der Fremdarbeiter aus dem Osten, waren miserabel, die Verhältnisse bei der MAN im Werk Augsburg jedoch besser als in Nürnberg. Ob dies auf die mäßige Art Otto Meyers zurückzuführen ist oder lediglich auf den Umstand, dass das Augsburger Großmotorenwerk in höherem Maße auf Facharbeiter angewiesen war, während in Nürnberg die Serienfertigung überwog, ist allerdings nicht auszumachen.

Offenbar war es im Werk Nürnberg häufig der Fall, dass ausländische Arbeiter vom Werkschutz und manchen Hilfsmeistern mit Stahlruten oder Gummischläuchen geschlagen wurden. Es sei für jeden im Betrieb offenkundig gewesen, dass die Zwangsarbeiter „heruntergekommen und misshandelt worden“ seien¹⁰⁵. Die Zwangsarbeit war für das Werk Augsburg von etwas geringerer Bedeutung. Während die Serienproduktion im Lastwagen- und Panzerbau einen Einsatz angelernter Arbeiter in Nürnberg viel eher ermöglichte, stellte die Großmotorenfertigung und -montage in Augsburg deutlich höhere Anforderungen an die Qualifikation. Daher wurden Fremdarbeiter in Augsburg zunächst vor allem bei Messerschmitt in der Flugzeugproduktion eingesetzt. Der Anteil der Fremdarbeiter stieg dort schließlich bis November 1944 auf über 47 Prozent der Belegschaft, während er zum gleichen Zeitpunkt bei der MAN in Augsburg lediglich 32 Prozent betrug¹⁰⁶. Während aber Misshandlungen in Nürnberg von der MAN-Werkleitung wohl toleriert wurden, waren Behandlung und Verpflegung der Fremdarbeiter im Werk Augsburg, wo Otto Meyer seinen Dienstsitz hatte, etwas besser. Jedoch sind auch hier Übergriffe durch Betreuerinnen im Frauenlager oder Pförtner belegt¹⁰⁷. Allerdings war der Alltag für die Zwangsarbeiter ohnedies hart.

¹⁰⁴ Vgl. Johannes Bähr/Ralf Banken/Thomas Flemming, *Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte*, München 2008, S. 327 u. S. 337, detailliertere Zahlenangaben zum Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen S. 333. Zum Begriff der Zwangsarbeit und dessen Kategorisierung sowie der „Freiwilligkeit“ von Fremdarbeit vgl. ferner Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart/München 2001, hier S. 10 ff.; Anton J. Grossmann, *Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939–1945*, in: VfZ 34 (1986), S. 481–521; Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999.

¹⁰⁵ Aussage des Revolverdrehers Karl Schweigert, Niederschrift der Verhandlung Berufungskammer Nürnberg am 14. 8. 1947 gegen Direktor Eduard Schäffer, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, I. 3. 3.5, Akt 92.

¹⁰⁶ Vgl. Jeffrey Fear, *Die Rüstungsindustrie im Gau Schwaben 1939–1945*, in: VfZ 35 (1987), S. 193–216, hier S. 209. Generell lässt sich sagen, dass in Unternehmen mit eher geringen fachlichen Anforderungen wie in der Munitions- und Sprengstoffindustrie der Anteil der Fremdarbeiter sehr hoch war und im Bereich der Rüstungsinspektion VII im November 1944 im Durchschnitt 76 %, in einem Einzelfall sogar über 90 % betrug. Hingegen beschäftigte eine Präzisionsfirma wie BPW (Berliner Physikalische Werkstätten) lediglich 8,2 % Fremdarbeiter.

¹⁰⁷ Lt. Protokoll der Spruchkammer Augsburg-Göggingen der öffentlichen Sitzung am 20./21. 1. 1948, Az.1427/47, S. 14, in: StA Augsburg, Spruchkammerakte Heinrich Riehm,

Die Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen war alles andere als zufriedenstellend. Die Verpflegungskontrollliste für das Augsburger Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 3112M wies für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1943 vor allem Kartoffeln und Krautsuppe als Verpflegung aus. Das Frühstück bestand täglich aus Kartoffeln, Kartoffelsuppe oder Krautsuppe und Tee, mittags Kartoffel-, Kraut-, Gries- oder „Lager-Suppe“, lediglich am Sonntag mit einer Fleischeinlage. Dreimal täglich wurden jeweils – so zumindest die nominelle Vorgabe – 100 Gramm Brot ausgegeben. Das Abendessen bestand aus Kartoffeln, Kartoffelbrühe oder Kohlrübensuppe, während in der gesamten Woche lediglich 160 Gramm Fleisch ausgegeben wurden. Die Kontrollliste vom 15. bis 22. Februar 1943 führte genau die gleichen Mahlzeiten auf¹⁰⁸. Nicht wenige der deutschen Belegschaftsmitglieder unterstützten die Ostarbeiter heimlich. In der Sitzung des Vertrauensrats mit Vorstand Otto Meyer am 26. Mai 1944 wurde darauf hingewiesen, dass im Werk Augsburg vor allem die Aushändigung von Lebensmitteln oder Lebensmittelmarken „fast überall“ beobachtet werden kann. Ertappte man deutsche Arbeiter dabei, wurden sie für eine bestimmte Zeit mit dem Entzug der Zulagekarten bestraft. Doch war man sich bewusst, dass „diese Erscheinungen jedoch nie ganz zu unterbinden sein“ werden¹⁰⁹.

Gerade hier zeigt sich der differenzierte Charakter Otto Meyers. Er machte sich weder die menschenverachtende nationalsozialistische Ideologie zu eigen noch verweigerte er als deutscher Patriot die Kapazitäten der MAN der aggressiven Rüstungs- und Kriegspolitik Adolf Hitlers – dies schloss den Einsatz von Zwangsarbeitern als Mittel zum Zweck ein. Ein Widerspruch ergab sich für ihn daraus nicht, glaubte er doch, sowohl im Unternehmensinteresse zu handeln wie seiner Pflicht zu genügen, die Regierung im Krieg und vor allem auch das Militär zu unterstützen. Diese Handlungsweise lässt sich nur nachvollziehen, wenn man den Charakter Meyers berücksichtigt, für den die Verantwortung für die MAN und ihre Mitarbeiter selbstverständliche Pflichterfüllung war. Auch sein Patriotismus, der nichts mit dem herrschenden Chauvinismus zu tun hatte, darf nicht außer Acht gelassen werden. Wie sich auch an anderen Biographien festmachen lässt, ist die Ursache der Konflikte eher in den Widersprüchen zwischen nationalsozialistischer Rüstungspolitik und unternehmerisch motivierten Verhaltensweisen zu suchen als in politisch-weltanschaulicher Systemgegnerschaft¹¹⁰. Meyer und mit ihm andere Unternehmensführer fühlten sich trotz Ablehnung des Regimes geradezu selbstverständlich dazu verpflichtet, die Regierung loyal zu unterstützen und die Rüstung gemeinsam mit der Wehrmacht voranzutreiben. Das beste Beispiel

Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 195.

¹⁰⁸ Verpflegungskontrolllisten Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 3112M vom 8. bis 22. 2. 1943 sowie Schreiben Stadtsyndikus Augsburg an Zweckverband Barackensammellager IV Augsburg (Zugspitzstraße) vom 29. 3. 1943 betr. „Splittergraben im Russenlager“, wonach eindeutig hervorgeht, dass es sich bei dem Arbeitskommando um russische Kriegsgefangene handelt. In: StA Augsburg, 45/953.

¹⁰⁹ Protokoll der Sitzung des Beirates des Vertrauensrates der MAN vom 26. 5. 1944, S. 27, in: MAN-WA Augsburg, 2. 2. 8./VI-K1, Nr.3 A2 Vertrauensrat (allgem.) 1933–37.

¹¹⁰ Vgl. Erker, Industrie-Eliten in der NS-Zeit, S. 11 f.

dafür ist Robert Bosch, der aktiv gegen das nationalsozialistische Regime opponierte, auf der anderen Seite jedoch mit seinem Unternehmen wesentlich zu den deutschen Rüstungsanstrengungen beitrug¹¹¹.

6. Auseinandersetzungen in der MAN-Führung 1944

Trotz der Unterstützung für die Wehrmacht beschränkte Meyer die MAN auf ihre angestammten Fertigungsstätten; Expansion durch Unternehmensübernahmen gab es nicht. Das NS-affine Engagement, das sein innerbetrieblicher Widersacher, Betriebsdirektor Heinrich Riehm, an den Tag legte, um die allgemeinen Rüstungsanstrengungen zu forcieren, ließ Meyer vermissen. In den Institutionen des regionalen Rüstungsapparats spielte Riehm eine wichtige Rolle. Seit 1938 Mitglied der NSDAP wurde er im April 1940 Vorsitzender des Munitionsausschusses im Wehrkreis VII, Bezirksbeauftragter des Hauptausschusses Maschinen sowie der Ausschüsse für Allgemeines und Wehrmachtsgerät, Kraftfahrzeuge, Motoren und Getriebe im Gau Schwaben, seit 1944 auch Obmann der Gruppe Eisen und Metall bei der Gauwirtschaftskammer. Im April 1942 hatte er bereits das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern erhalten¹¹². Doch stand sein Einsatz für die Rüstung des Dritten Reichs in keinem Verhältnis zu seinem Einfluss in der MAN. Aufsichtsrat und Vorstand des Unternehmens versagten ihm eine Karriere in die oberste Führungsebene. Im Herbst 1944 forderte Riehm im Aufsichtsrat für sich einen Sitz im Vorstand. Auch für den Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Kellermann¹¹³ war es nicht unbedingt einleuchtend, dass die Werksleiter von Nürnberg und Gustavsburg, nicht jedoch der von Augsburg dem Vorstand angehörten, wo Otto Meyer die Gesamtverantwortung trug.

Riehm hegte seit längerem große Ambitionen auf einen Vorstandsposten und teilte Meyer mit, dass er sich nicht damit abfinden werde, einem Vorstandsmitglied unterstellt zu sein. Es sei „ein Schönheitsfehler, wenn er als Betriebsführer und bei der Bedeutung seiner öffentlichen Ämter nicht zum Vorstand gehöre“¹¹⁴. Auch die DAF forderte Riehm mehrfach auf, einen Vorstandsposten bei der MAN zu übernehmen¹¹⁵. Wie gefährlich diese Ambitionen für den übrigen MAN-Vor-

¹¹¹ Vgl. Joachim Scholtz, Robert Bosch und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hrsg.), Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998, S. 99–106.

¹¹² Spruchkammerakte Heinrich Riehm, Spruch der Spruchkammer I Augsburg-Göggingen vom 18. 2. 1948 und Angaben im Fragebogen der Militärregierung vom 20. 11. 1946, in: StA Augsburg, Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 17 und 131, sowie MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 27.

¹¹³ Reusch war Anfang 1942 als Vorstandsvorsitzender der GHH und Aufsichtsratsvorsitzender der MAN zurückgetreten. Zu den Hintergründen vgl. ausführlich Langer, Macht, S. 715 ff., sowie Bähr/Banken/Flemming, MAN, S. 306 ff.

¹¹⁴ Aktenvermerk Otto Meyer vom 8. 12. 1944, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 103.

¹¹⁵ Aussage Dr. Fetzer lt. Protokoll der Spruchkammer Augsburg-Göggingen der öffentlichen Sitzung am 20./21. 1. 1948, Az. 1427/47, S. 18, in: StA Augsburg, Spruchkammerakte Heinrich Riehm, Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 199.

stand zu werden drohten, zeigte sich bei der Aufsichtsratsitzung am 23. November 1944, zu der Riehm als Referent eingeladen war. Als er wider Erwarten nicht in den Vorstand berufen wurde, machte er seinem angestauten Ärger Luft. Auf dem Weg zum Abendessen bat Riehm den kaufmännischen Vorstand Hans Wellhausen zu einem Gespräch und drohte ihm, dass alle Vorstandsmitglieder in vier Wochen nicht mehr da wären, falls er Hauptamtsleiter Saur erzähle, dass er wieder übergangen worden sei¹¹⁶. Im Vorstand wie auch im Aufsichtsrat der MAN war man sich weitgehend einig, dass Riehms Berufung keine Entlastung bedeutete hätte, sondern dass „der kleine Finger“ weder für die MAN noch für Herrn M[eyer] irgend eine [sic!] Entspannung bedeuten würde, sondern ‚die ganze Hand‘ und noch mehr nach sich ziehen würde“¹¹⁷. Der Aufsichtsrat werde versuchen, sich gegen Eingriffe in Personalentscheidungen zu wehren, so dass nicht der Gedanke aufkomme, „als ob ich [Hermann Kellermann] auf Grund der heutigen Verhältnisse und der für Herrn M[eyer] drohenden Gefahren weiche Kniee bekommen hätte. Das kommt gar nicht in Frage!“ Die Entscheidung, Riehm in den Vorstand aufzunehmen, wollte er dem Vorstand überlassen¹¹⁸. Zu einer Berufung Riehms kam es nie. Diese Episode zeigt, dass die MAN sich nicht nur der Drohungen von Hauptamtsleiter Saur erwehren musste, sondern dass dessen Verbündete direkt im Unternehmen saßen und dem Vorstand gefährlich werden konnten. Meyer hatte aufgrund seiner jüdischen Frau zwar keine Freunde in der Partei, das Rüstungsministerium hatte ihn jedoch bislang für die Kriegsanstrengungen der MAN für unverzichtbar gehalten. Es war allerdings nur eine Frage der Zeit, bis Männer wie Saur Otto Meyer für entbehrlich hielten.

7. Versuche zur Absetzung Meyers und ihr Scheitern

Otto Meyers „nicht-arische Ehe“ und seine kritische Haltung zum Nationalsozialismus führten wiederholt zu Versuchen, ihn abzusetzen. Spätestens im Frühjahr 1943 hatte Robert Ley erstmalig den MAN-Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Kellermann auf eine Entlassung Otto Meyers angesprochen¹¹⁹. Obwohl Ley diesen Schritt wegen Meyers „jüdischer Versipptheit“ schon mehrfach gefordert habe, sei der Wirtschaftsführer immer noch im Amt. Da Meyer regelmäßig zu seiner Frau in die Schweiz reise und „aufgrund seiner wichtigen Stellung in der Industrie einen tiefen Einblick in den Stand der Rüstung“ geben könne, mache ihn dies des Landesverrats verdächtig. Noch konnte Kellermann dieses Ansinnen abwehren, indem

¹¹⁶ Aktenvermerk Otto Meyer vom 8.12.1944, Kellermann an Richard Reinhardt vom 7.12.1944, Richard Reinhardt an Kellermann vom 4.12.1944, und Aktenvermerk Emil Sörensen vom 2.12.1944, alle in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, I.3.3.5, Akt 103.

¹¹⁷ Reinhardt an Kellermann vom 4.12.1944, in: Ebenda.

¹¹⁸ Kellermann an Reinhardt vom 7.12.1944, in: Ebenda.

¹¹⁹ Im Aktenvermerk Kellermanns heißt es „Januar oder Februar 1943 oder 1944“; da dort im weiteren Ley von Meyers Reisen in die Schweiz spricht, die ihm 1943 verboten wurden, kann es nicht 1944 gewesen sein.

er damit drohte, als Vorstandsvorsitzender der GHH zurückzutreten¹²⁰. Auch der Nürnberger Oberbürgermeister Willy Liebel ließ Kellermann wissen, „dass Herr Meyer von seinen Ämtern zurücktreten müsse“. Sollte dies nicht erfolgen, würde er Ley Meldung machen¹²¹. Allerdings blieb auch diese Intervention folgenlos.

Über das Netzwerk der MAN konnte Otto Meyer zudem Kontakt zu Personen halten, die den Nationalsozialismus ebenfalls ablehnten. So stand Otto Gessler, seit Ende 1930 im Aufsichtsrat der MAN, in enger Verbindung zu Ulrich von Hassell. Anfang Dezember 1939 trafen sich die beiden in München. Dabei bat von Hassell den ehemaligen Reichswehrminister, zu General Franz Halder nach Berlin zu fahren, um ihn für eine Aktion gegen Hitler zu gewinnen. Zwei Wochen später vermittelte er ein Treffen Ulrich von Hassells mit Paul Reusch, bei dem man erneut die Möglichkeiten diskutierte, bestimmte Generäle von der Notwendigkeit eines Staatsstreichs zu überzeugen¹²². Diese Hoffnung war jedoch vergeblich. Friedrich von Zitzewitz, der nach dem 20. Juli vom Volksgerichtshof verurteilt wurde, hielt dies nach dem Krieg in einem Brief an Otto Meyer für den grössten Fehler der Wirtschaftsführer: „Man wird wieder lernen, dass nichts in der Welt Selbstverständlichkeit ist und dass es auch keine Möglichkeit des politischen Mittroddelns gibt. Man muss eben ganz anders auf dem Posten sein. Wir alle haben den einen Hauptfehler gemacht, dass wir uns auf die Generäle verlassen haben. Dazu hatten wir ein gewisses Recht, denn wir wussten, wie ursprünglich ablehnend die militärische Führung war. Aber, wir haben nicht aktiv gehandelt, als wir sahen, dass die Generäle nicht wollten.“¹²³

Auch wenn schriftliche Belege hierfür fehlen, mag Gessler durchaus Informationen aus dem Widerstand an den Vorstand und den Aufsichtsrat der MAN, namentlich Meyer und Reusch, weitergegeben haben. Zwar kann man annehmen, dass Gessler ihnen aus Sicherheitsgründen keine Details mitteilte, doch wird man Andeutungen des ehemaligen Reichsministers auf seine Verbindungen zum Sperr-Kreis¹²⁴ und zum bayerischen Kronprinzen Rupprecht¹²⁵ vermuten können.

¹²⁰ Niederschrift Kellermanns über eine „Unterhaltung mit Dr. Robert Ley betr. Otto Meyer von der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg in Augsburg“ vom 12.6.1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93.

¹²¹ Abschrift streng vertrauliche Aktennotiz Rathje, 22.9.1944, in: Ebenda.

¹²² Vgl. Ulrich von Hassell, Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich/Freiburg i.Br. 1946, S.108. Hassells Urteil über Reusch fiel nicht sonderlich positiv aus, der sich als der „typische Industriekönig“ gab und Wert auf seine „ununterbrochene Verbindung mit den wichtigsten Personen“ legte, jedoch bei Hassell den Eindruck dessen tatsächlicher Machtlosigkeit verstärkte.

¹²³ Abschrift von Zitzewitz an Otto Meyer vom 4.12.1945, in: RWVA-GHH, 400101290/156. Als Überblick über die deutsche Militäropposition vgl. Stephen Schröder/Christoph Studt (Hrsg.), Der 20.Juli 1944 – Profile, Motive, Desiderate. XX. Königswinterer Tagung 23.-25. Februar 2007, Münster 2008.

¹²⁴ Vgl. Winfried Becker, Franz Sperr und sein Widerstandskreis, in: Hermann Rumschöttel/Walter Ziegler (Hrsg.), Franz Sperr und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern, München 2001, S.83–173, hier v.a. S.90, S.105 u. S.126.

¹²⁵ Vgl. Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach Kronprinz von Bayern, München 1954, S.646f. Gerade Kronprinz Rupprecht glaubte nicht an eine Möglichkeit, das Regime zu

Diesen Schluss stützt etwa die Tatsache, dass Gessler in seinen Memoiren Meyer als eine bedeutende Vertrauensperson bezeichnete. Auch war es Meyer, der Gessler während seiner Inhaftierung im Konzentrationslager Ravensbrück und im Gefängnis Berlin über die MAN mit Lebensmitteln unterstützte¹²⁶.

Der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler gehörte ebenfalls zu Meyers Bekannten. Noch im Vorfeld des Attentats vom 20. Juli 1944 gab es persönlichen Kontakt, als Goerdeler am 13. Juni Meyer in Augsburg besuchte. Zu diesem Zeitpunkt wurde Goerdeler bereits von der Gestapo überwacht¹²⁷. Es ist denkbar, dass die Verbindung zwischen Meyer und Goerdeler über Paul Reusch zustande kam, möglich ist aber auch ein Kontakt über Robert Bosch¹²⁸. Beim ersten Verhör Goerdelers am 14. August 1944 konnte die Gestapo die Namen zahlreicher Personen in Erfahrung bringen, die mehr oder weniger in die Verschwörung verstrickt waren¹²⁹. Goerdeler hatte den Zirkel um Paul Reusch aber als „rein wirtschaftspolitischen bzw. wirtschaftstechnischen Diskussionsklub“¹³⁰ geschil-

stürzen, vielmehr wollte er die Wiederherstellung geordneter staatlicher Verhältnisse nach dem erwarteten Zusammenbruch vorbereiten.

¹²⁶ Vgl. Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 515.

¹²⁷ Notiz Goerdelers für Otto Meyer vom 9. 6. 1944, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93. Da nichts protokolliert wurde, bleiben Vermutungen über den Gesprächsinhalt Spekulation. Vermutlich war vom bevorstehenden Attentat nicht direkt die Rede. Möglicherweise hat Goerdeler mit Meyer über die Rolle von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften nach der Beseitigung der Diktatur diskutiert, das für Goerdeler ein Kernpunkt seiner innenpolitischen Konzeption war; vgl. Scholtyseck, Robert Bosch, S. 454 u. S. 498.

¹²⁸ Vgl. Wilhelm Treue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966), S. 491–507, hier S. 504; Wolfgang Benz, Der 20. Juli 1944 und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Erfurt 2004, S. 56; zum Goerdeler-Kreis vgl. Gero van Roon, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, 6., überarb. Aufl., München 1994, S. 123–140, hier insbesondere S. 131.

¹²⁹ Die SS führte in ihren Vernehmungsbereichten mehrere Mitglieder des „Reusch-Kreises“, nämlich Goerdeler, von Zitzewitz, Albert Vögler, Professor Sauerbruch, Professor Woermann, Bosch, Hjalmar Schacht, von Siemens [ohne Vorname], Wentzel zu Teutschenthal und Graf Hardenberg, wobei die beiden letzteren bereits inhaftiert waren. Dem Kreis wurde der Zweck zugeschrieben, „wirtschaftliche, landwirtschaftliche und technische Probleme“ zu erörtern. Die „gegen die nationalsozialistische Staatsführung gerichtete Einstellung“ Goerdelers war dabei bekannt; Bericht SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner vom 4. 9. 1944 an Reichsleiter Bormann, S. 7 f., in: BArch, NS6/12, fi. 2.

¹³⁰ Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 420. Als einziger des Kreises wurde Gutbesitzer Wentzel zu Teutschenthal, dem Goerdeler vergeblich das Amt des Landwirtschaftsministers antrug, am 13. 11. 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet (Urteilsbegründung in: BArch, NS6/19, fi. 2 u. 3). Auch wenn sicherlich vor allem wirtschaftskritische Diskussionen innerhalb des „Reusch-Kreises“ geführt wurden, ging doch von seinen Mitgliedern kein Widerstand aus; vgl. auch Langer, Macht, S. 732. Zitzewitz war nach dem 20. Juli für mehrere Wochen in Untersuchungshaft; Richard von Flemming an Reusch vom 10. 9. 1944, in: RWWA-GHH, 400101290/122. Paul Reusch wurde lediglich zu Vernehmungszwecken von der Gestapo einbestellt; vgl. Gerhard Hetzer, Unternehmer in Umbruchzeiten: Paul und Hermann Reusch, in: Paul Hoser/Reinhard Baumann (Hrsg.), Kriegsende und Neubeginn. Die Besatzungszeit im schwäbisch-alemanischen Raum, Konstanz 2003, S. 463–496, hier S. 477.

dert. Der „Kreis von Industriellen und Landwirten“, zu dem neben Carl Goerdeler auch Richard von Flemming-Paatzig, Friedrich von Zitzewitz, Tönniges von Zastrow, Hans Carl Graf von Hardenberg, Ferdinand Sauerbruch, Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken, Tilo von Wilmowsky und seit etwa 1941 auch Hermann Bücher von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) gehörten¹³¹, hatte nach dem vom NS-Regime erzwungenen Ausscheiden Reuschs aus der Führung der GHH Anfang 1942 ohnehin keine größere Bedeutung mehr, wie die Absagen einiger Teilnehmer erkennen ließen.

Speer stellte sich zum Teil schützend vor einige dieser Wirtschaftsfachleute¹³², doch bescheinigte er lediglich Vögler „tatkräftige Unterstützung“ für die Sache des NS-Staates und lobte Bücher aufgrund „grosser Energie [...] für den Totaleinsatz der Elektroindustrie für die Rüstung“. Zu Otto Meyer bemerkte er, es sei ohnehin geplant gewesen, ihn aufgrund seiner Familienverhältnisse „auszuwechseln“. Allerdings sei noch kein Nachfolger gefunden worden, doch „wird veranlasst werden, dass Meyer durch einen anderen Betriebsführer ersetzt wird“¹³³. Wohl trug Speers Gutachten dazu bei, die Gestapo davon abzuhalten, ihre Ermittlungen gegen die Industriellen auszudehnen¹³⁴. Allerdings ist auch anzunehmen, dass das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) kaum Beweise für eine aktive Mittäterschaft finden konnte und die Verdächtigen somit verschont wurden. Dabei sollte aber vor allem Meyer klar geworden sein, dass sein Handlungsspielraum mehr und mehr schwand.

Reisen in die Schweiz waren ihm bereits 1943 verboten worden, wo seine Frau Stella ein geachtetes Mitglied der Lausanner Gesellschaft und wo auch Meyers Position in Deutschland nicht unbekannt war. Im Sommer 1944 erhielt das Berner Büro des amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) den ersten Hinweis auf einen „[p]robable valuable contact in Switzerland“. Der Geheimdienst ging fälschlicherweise davon aus, dass es sich bei Meyer um einen prominenten Nationalsozialisten handelte, der seine jüdische Frau schon vor 1933 in die Schweiz gebracht habe, während er im Reich weiterhin an der Produktion von wichtigem Kriegsgerät arbeite. Allerdings habe er „certainly realized that the war is lost for Germany“. Unter diesen Umständen hielt es der OSS für wahrscheinlich, Meyer zur Weitergabe von Informationen bewegen oder ihn gar zu Aktionen veranlassen zu können, „which may hasten the end of the war, in a similar way as Rudolf Hess may have tried to do that when he flew to England“. Diese Überlegungen erreich-

¹³¹ Reusch an Otto Meyer vom 11.1.1943, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/101; Reusch an Hermann Bücher vom 9.8.1941 und vom 27.8.1941, jeweils betr. „Industrie und Landwirtschaft“, in: RWWA-GHH, 400101290/6.

¹³² Kritisch zur Rolle Speers während des Putschversuchs vom 20. Juli 1944 vgl. Matthias Schmidt, Albert Speer: Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im Dritten Reich, Berlin ²2005, hier v.a. S. 119–129.

¹³³ Vermerk Speer vom 20.8.1944 für Gruppenführer Fegelein, in: BArch, R3/1610, Nr. 36 f. Zu Reusch, Stinnes, Haniel und anderen hingegen bemerkte er, dass sie „weder negativ noch positiv hervorgetreten“ seien. Vögler hat der Vorgang kaum geschadet, wurde er doch Ende 1944 zum Generalbevollmächtigten für das Ruhrgebiet ernannt; BArch, R3/1854.

¹³⁴ Vgl. Scholtzseck, Robert Bosch, S.507.

ten schließlich den Leiter des OSS, General Donovan¹³⁵. Aus anderen Gesprächen mit Informanten erfuhr der OSS weitere Einzelheiten über Otto Meyer, die insbesondere seine Funktion als Unternehmensführer der MAN betrafen. Von besonderem Wert war dabei, dass sich seine Frau als deutsche Jüdin in der Schweiz aufhielt und dass die gemeinsame Tochter in die USA emigriert war, wo sie einen amerikanischen Soldaten geheiratet hatte¹³⁶. Das zugehörige Routing and Record Sheet des OSS zeigt, dass man den Kontakt als nützlich erachtete und die Angaben am 30. Juni 1944 in die Zentrale des OSS nach Bern sandte¹³⁷. Freilich finden sich keine Unterlagen, die eine Zusammenarbeit Meyers mit dem OSS belegen würden. Sein Charakter, seine patriotische Einstellung und die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch des Dritten Reichs, die Meyer hegte, machen eine Kooperation mit dem amerikanischen Geheimdienst aber unwahrscheinlich.

8. Das letzte Kriegsjahr

Die Geschäftsführung der MAN konnte angesichts der politischen und militärischen Lage 1944 kein Interesse daran haben, die Planvorgaben nicht zu erreichen, denn das Ende schien absehbar zu sein. Selbst in der Widerstandsbewegung um Carl Goerdeler hatte sich im Frühjahr 1944 die Überzeugung breitgemacht, den Alliierten werde es bis spätestens Herbst gelingen, Deutschland zu besiegen¹³⁸. Der zeitliche Horizont der Unternehmensstrategie verkürzte sich seit 1944 proportional zum alliierten Vormarsch. Bildlich gesprochen näherte sich das Unternehmen wie das ganze Land immer schneller einer Wand, hinter die man nicht blicken konnte, hinter die man aber so viel wie irgend möglich in Sicherheit bringen wollte. Daher schien die Taktik durchaus angebracht, keinesfalls den Unmut von Staat und Partei zu provozieren und das Unternehmen unbeschadet in die Nachkriegszeit zu retten.

Allerdings wehrte sich das Regime nach innen und außen zäh gegen seinen Untergang und initiierte 1944/45 einen letzten Radikalisierungsschub. So wurden über die Abwehrbeauftragten der Betriebe bereits im „Frühjahr 1944 Erhebungen angestellt über die bei der GHH beschäftigten jüdischen Mischlinge und die Arier, die mit Volljüdinnen verheiratet waren“. Diese Personen sollten generell in Lager der Organisation Todt verbracht werden¹³⁹. In diesem Zusammenhang

¹³⁵ John Hughes/OSS New York an Reginald Foster/OSS vom 27. 6. 1944, in: National Archives Maryland/USA (künftig: NA Maryland), Records of the Office of Strategic Services, Record Group 226, Entry 214, WN25828. In diesem Schreiben wird der Brief K. Kauffmann-Grinsteads wiedergegeben, aus dem die obenstehenden Zitate entnommen wurden.

¹³⁶ Ebenda. Meyers Sohn Hans Otto, der in der Schweiz lebte, wurde im Oktober 1944 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt, nachdem er sich geweigert hatte, in die Wehrmacht einzutreten. Vgl. Deutscher Reichsanzeiger/Preußischer Staatsanzeiger Nr. 220 vom 2. 10. 1944 und Auskunft von Lore Meyer, 8. 7. 2008.

¹³⁷ OSS Routing and Record Sheet TB-001-627A, in: NA Maryland, Records of the Office of Strategic Services, Record Group 226, Entry 214, WN25828. Foster notierte handschriftlich: „This sounds useful.“

¹³⁸ Vgl. Scholtyseck, Robert Bosch, S. 491 f.

¹³⁹ Aktenvermerk GHH/Abt.G vom 11. 4. 1946, S. 3, in: RWWA-GHH, 4001016/55.

wurde im Herbst ein neuer Versuch gestartet, Meyer aus dem Amt zu hebeln. Allerdings geht aus den Unterlagen nicht hervor, ob es gezielt gegen Meyer ging oder ob es sich um eine allgemeine Massnahme gegen „jüdisch Versippte“ handelte. Ende Oktober erhielt er die Anweisung, sich am 1. November zum Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt in Augsburg zu melden. Auch diesmal konnte Kellermann zusammen mit Staatssekretär Franz Hayler vom Reichswirtschaftsministerium das Rüstungsministerium bewegen, den vom RSHA initiierten Gestellungsbefehl aufzuheben¹⁴⁰.

Doch damit war wenig gewonnen, denn Meyer erhielt kurz darauf von der Gestapo Augsburg einen weiteren Gestellungsbefehl, der vom 26. Januar 1945 datierte. Er habe sich am 2. Februar bei der Gestapostelle Augsburg in der Prinzregentenstraße zum „vordringlichen Arbeitseinsatz“ bei der Organisation Todt einzufinden. Mitzubringen seien Verpflegung für drei Tage, Arbeitskleidung und Werkzeug. Doch auch diesmal schützten ihn seine Beziehungen und sein ökonomisch-bürokratisches Netzwerk. Auf Anregung von Gauleiter Karl Wahl bewilligte die Staatspolizeileitstelle zunächst eine Fristverlängerung um vier Wochen¹⁴¹. Diesen Aufschub nutzte Hermann Kellermann, um sich bei Heinrich Himmler persönlich und bei den zuständigen Ministerien für Meyer zu verwenden¹⁴², wobei Franz Kirchfeld – Direktor der zur GHH gehörenden Ferrostaal AG und seit November 1943 auch Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschaft des Reichswirtschaftsministeriums – eine wichtige Rolle spielte¹⁴³. Zudem wollte Wahl Robert Ley kontaktieren und schrieb an Albert Speer¹⁴⁴, der auch von Mitarbeitern wie dem Chef des Rüstungskommandos München Ostertag gebeten wurde, Meyer nicht abzulösen¹⁴⁵. Der Rüstungsminister blieb davon nicht unbeeindruckt und intervenierte beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, um Meyer im Amt zu halten¹⁴⁶. Dass der MAN-Vorstand dem

¹⁴⁰ Bericht Kellermanns an die Militärregierung vom 12.6.1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93. Hier zeigt sich, dass das Reichswirtschaftsministerium in bestimmten Fällen offensichtlich andere Bewertungsmaßstäbe anlegte als gewisse Stellen im Ministerium Speer und solche Eingriffe in die Privatwirtschaft ablehnte. Gerade Hayler vertrat Vorstellungen einer nationalsozialistischen Friedenswirtschaft, die „den Grundsätzen der von Speer formierten Rüstungswirtschaft widersprachen“. Walter Naasner, *Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Boppard a.R. 1994, S. 446.

¹⁴¹ Gestellungsanordnung der Gestapo Leitstelle Augsburg vom 26. 1. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93.

¹⁴² Kellermann an Himmler vom 12. 2. 1945, in: Ebenda.

¹⁴³ Vgl. Michael Brackmann, *Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948*, Koblenz 1993, S. 132.

¹⁴⁴ Abschrift Dr. Kirchfeld an GHH-Direktor Lübsen, Oberhausen, vom 17. 2. 1945 sowie Lübsen an Meyer vom 12. 2. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93.

¹⁴⁵ Ostertag an Clahes vom 22. 2. 1945 sowie Ostertag an Speer vom gleichen Tag, in: Ebenda.

¹⁴⁶ Abschrift durch den Wehrkreisbeauftragten VII/München des Schreibens des Chefs der Zentralabteilung Selbstverantwortung und Recht beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an Obergruppenführer Kaltenbrunner, Chef der Sicherheitspolizei und

Arbeitslager entgangen ist, mag letztlich den Wirren des Kriegsendes geschuldet sein; ohne sein auf freundschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen beruhendes Netzwerk wäre er aber möglicherweise nicht mit heiler Haut davongekommen.

9. Kriegsende, Nachkriegszeit und Wiederaufbau

Das Kriegsende kam für Otto Meyer am 28. April 1945, als amerikanische Truppen Augsburg besetzten. Wirtschaftsführer wie Meyer hatten bereits seit Langem erkannt, dass der Krieg verloren war; mit Vertrauten hatte er hierüber oft gesprochen. Doch schien es für Meyer keine Alternative gegeben zu haben, wie er im April 1946 an Hanns von Crailsheim schrieb: „Wir beide haben ja oft unter vier Augen über das Kriegsgeschehen gesprochen und waren uns immer klar, dass es kein gutes Ende nehmen kann. Dass der Ausgang so schrecklich für uns würde, konnten wir allerdings nicht ahnen. Hätten wir uns mit unserer Auffassung durchsetzen können, wäre uns vieles erspart geblieben. Ich habe mir schon oft überlegt, was ich hätte tun können, um uns vor diesem Ende zu bewahren. Hätten wir aber etwas unternommen, so wären wir wohl heute nicht mehr unter den Lebenden.“¹⁴⁷

Allerdings war es für Meyer auch eine patriotische Selbstverständlichkeit gewesen, sein Wissen und seine Fähigkeiten ebenso wie die MAN in den Dienst der Regierung und vor allem ihrer Streitkräfte zu stellen. Patriotismus und Nationalismus waren dabei die eine Seite der Medaille, Gewinnstreben und ökonomischer Erfolg die andere. Diese Gemengelage lässt sich besonders gut am Beispiel Otto Meyers beobachten, der es insbesondere in den ersten Kriegsjahren als vaterländische Pflicht empfand, bestmöglich zur deutschen Rüstung beizutragen. Konflikte mit staatlichen Stellen oder mit der Wehrmacht hatten zumeist wenig damit zu tun, dass man es aus moralischen Gründen abgelehnt hatte, sich und sein Unternehmen in den Dienst des Reichs und seiner Wehrwirtschaft nehmen zu lassen, sondern resultierten aus Reibungen mit der Rüstungsverwaltung und deren ineffektiven Organisationsstrukturen¹⁴⁸ oder aber aus der Sorge vor zu großer Vereinnahmung durch die Wehrmacht und wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Rüstung. Letztendlich trugen Unternehmer wie Otto Meyer damit genauso zur Stabilisierung des Dritten Reichs bei wie führende Beamte der NS-Bürokratie:

des SD, Berlin, vom 28. 2. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 103. Darin heißt es: „Im Auftrage des Reichsministers Speer bitte ich Sie um Intervention in dieser Sache. Nach dem Wunsch des Ministers soll Otto Meyer auf jeden Fall gehalten werden. Diese Auffassung wird auch durch Gauleiter Wahl und den Vorsitzenden der Rüstungskommission Ostertag geteilt.“

¹⁴⁷ Otto Meyer an den MAN-Mitarbeiter von Crailsheim vom 26. 4. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 38.

¹⁴⁸ Vgl. den Abschnitt Astrid Welck über Rolf Boehringer im Aufsatz von Petra Bräutigam/Andrea Schuster/Astrid Welck, Drei württembergische Unternehmer während des Nationalsozialismus: Rolf Boehringer, Ernst Stütz, Richard Schweizer, in: Cornelia Rauh-Kühne/Michael Ruck (Hrsg.), Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993, S. 221–246, hier S. 233.

„Nur in einem waren sich fast alle einig. Ihre Pflicht zu tun an dem Platz, an den sie gestellt waren. [...] Sie folgten der Führung, der sie vertrauten, und waren gerade in der Erinnerung an den letzten Weltkrieg entschlossen, daß es an ihnen nicht fehlen sollte.“¹⁴⁹

Am 1. Juli 1945 wurde Otto Meyer auf Veranlassung der amerikanischen Militärbehörden zusammen mit anderen bayerischen Wirtschaftsführern verhaftet. Bei der Aktion wurden innerhalb weniger Tage über 100 Industrielle und Bankiers in Gewahrsam genommen, darunter Otto Seeling, Franz Haniel, Carl Knott von den Siemens-Schuckert-Werken, Otto Strobl von der AEG, Georg Haindl von der gleichnamigen Augsburger Papierfabrik, Edgar Huth von der Bayerischen Vereinsbank und Otto Merker¹⁵⁰. Otto Meyer befand sich etwa vier Monate in Haft, bis er am 29. Oktober 1945 das Gefängnislazarett verlassen konnte und den Weg in den Hausarrest antrat¹⁵¹. Von der Militärregierung in Bayern rehabilitiert, wurde er am 17. Mai 1946 in sein früheres Amt als General Manager für die Werke Augsburg, Nürnberg und Gustavsburg wiederingesetzt¹⁵². Der Aufsichtsrat der MAN bestimmte Meyer daraufhin in seiner Sitzung am 2. Juli 1946 zum Vorstandsvorsitzenden mit Alleinvertretungsbefugnis¹⁵³.

Die Haft hatte bei Meyer jedoch ihre Spuren hinterlassen. Ärzte bescheinigten ihm im Januar 1947 eine Mitralstenose, extensive Bronchitis und eine daraus resultierende Lungenstauung¹⁵⁴. Zudem erhielt er trotz zahlreicher Eingaben nicht die Erlaubnis, in die Schweiz zu reisen; auch seiner Frau Stella blieb es noch bis Mai 1947 verwehrt, ihren Mann in Augsburg zu besuchen¹⁵⁵. Dies bedeutete eine große Belastung für die Eheleute, die sich seit 1943 nicht mehr gesehen hatten¹⁵⁶. Nicht umsonst schrieb Meyer im September 1946 an seine Frau: „Ich frage mich

¹⁴⁹ Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Friede – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S.175, unvollständig zit. bei Hans-Erich Volkmann, Zum Verhältnis von Großwirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, S. 480–508, hier S. 493.

¹⁵⁰ „Massenverhaftung in Bayern“, in: Regensburger Post vom 13. 7. 1945, S. 1.

¹⁵¹ Otto Meyer an Kellermann vom 9. 11. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 51; Otto Meyer an den kriegsgefangenen MAN-Mitarbeiter Hanns von Crailsheim vom 26. 4. 1946, in: Ebenda, Akt 38.

¹⁵² Chief of Property Control, Office of Military Government for Bavaria, vom 17. 5. 1946, in: Ebenda, Akt 93.

¹⁵³ Beschluss des Aufsichtsrates vom 2. 7. 1946 sowie Kastl/Falkenroth vom 24. 7. 1946 an Vorstand des Werkes Augsburg, in: MAN-WA Augsburg, Aufsichtsratsschriftwechsel 1946–1948, NL Otto Meyer IIb.

¹⁵⁴ Medizinisches Gutachten Dr. Alfons Reisert vom 6. 2. 1947, in: Privatarchiv Lore Meyer.

¹⁵⁵ Diverse Korrespondenz Otto Meyers mit Stella Meyer, Direktor Stoffel/Escher-Wyss Ravensburg und Dr. Hohner/Oberbürgermeister von Augsburg zwischen Januar und April 1947, in: Ebenda, private Korrespondenz.

¹⁵⁶ Otto Meyer an das Office of Military Government for Bavaria vom 5. 9. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 46; Meyer an Reusch vom 7. 10. 1946, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1. Nach eigenen Angaben in seinem Meldebogen zur Entnazifizierung war er bis zu seinem Reiseverbot 1943 etwa drei- bis viermal im Jahr in die Schweiz gereist. Anlage zum Meldebogen zum Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus, 13. 5. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 92.

immer wieder, warum gerade wir, wo wir doch von den Nazis so viel Böses erlebt haben, jetzt auch wieder leiden müssen unter den Folgen, die die Vergangenheit uns gebracht hat.“¹⁵⁷

Während andere mit der Gegenwart genug zu tun hatten, nahm sich Meyer die Zeit, über die zurückliegenden Jahre und über die Zukunft nachzudenken. In seinem ersten Brief nach Kriegsende an Paul Reusch schrieb er: „Der grausame Krieg ist zu Ende. Ich sehe aber immer mehr, dass die Folgen noch nicht zu übersehen sind und wir noch vor schwerste Aufgaben gestellt werden. Die Männer, die das Geschick Deutschlands nun mehr als 12 Jahre geleitet haben, haben uns in schrecklichem Zustand zurückgelassen.“¹⁵⁸

Noch deutlicher wurde Meyer in den Briefen an seine Frau: „Ich sehe viele, die der Verzweiflung nahe sind. Ich kann nur immer wieder zur Geduld mahnen, denn einmal muss sich auch unser Schicksal wieder wenden. Aber dazu muss man eben Geduld haben. Alle diese Menschen machen den grossen Fehler, dass sie glauben, dass all das, was in den 12 Jahren an Unheil angerichtet wurde, in einem Jahr schon wieder behoben sein könnte. Mit dieser Einstellung kommt man nicht weiter. Ich weiss, dass es lange dauern wird, bis wir die Geltung wieder uns erkämpfen können, von der ich glaube, dass wir sie verdienen. Man darf uns nicht mit den Menschen, die so viel Unglück in die Welt gebracht haben, auf die gleiche Stufe stellen. Es gibt doch viele, die das Unglück längst kommen sahen und die helfen können, die Wunden der Zeit zu heilen. Ich zähle mich zu diesen und lasse mich nicht unterkriegen.“¹⁵⁹

Otto Meyer freute sich zwar, dass die MAN „von amerikanischer Seite dabei gut unterstützt“ werde, doch die „Schwierigkeiten, ein Werk aufzubauen und in Gang zu halten wie die MAN, die wieder über 16 000 Arbeiter beschäftigt, sind riesengross, denn es macht unendlich Mühe, für diese Anzahl von Menschen das nötige Material für die Fertigung herbeizuschaffen“¹⁶⁰. Bereits 1947 erkannte Meyer die Chancen, die sich durch den beginnenden Ost-West-Konflikt für den zügigen Wiederaufbau Deutschlands boten: „Die ganze Welt kommt allmählich immer mehr zu der Einsicht, dass ohne ein geordnetes [sic!] Deutschland keine Ruhe einkehren wird. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir eingeschachtelt sind zwischen zwei Weltanschauungen, deren Gegensätzlichkeiten mit jedem Tag größer werden. Wenn wir diese Chance erkennen, wird vielleicht der Aufbau bei uns schneller gehen als wir bisher glaubten annehmen zu dürfen. [...] Diese Gespräche [die Meyer mit verschiedenen Personen in der Schweiz führte] haben

¹⁵⁷ Otto Meyer an Stella Meyer vom 9. 9. 1946, in: Privataarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

¹⁵⁸ Otto Meyer an Reusch vom 18. 5. 1945, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/102.

¹⁵⁹ Otto Meyer an Stella Meyer vom 22. 8. 1946, in: Privataarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

¹⁶⁰ Otto Meyer an Gräfin van der Straten vom 1. 5. 1947, in: MAN-WA München, 1. 0. 3. 1 ÖAF III.

mich davon überzeugt, dass die Hasswelle, die über Deutschland lag, sich nun immer mehr dem Osten verlagert [sic!].¹⁶¹

Otto Meyer hatte als Führungskraft im Dritten Reich eine herausgehobene Stellung inne und man kann annehmen, dass auch er mit den Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht zur politischen Säuberung konfrontiert wurde. Die Akten hierzu fehlen allerdings. Dagegen wissen wir, dass Meyer sich zu den Entnazifizierungsverfahren anderer äußerte – mit entlastenden Stellungnahmen ebenso wie mit missbilligenden Aussagen. So bezeichnete er beispielsweise den ehemaligen Augsburger NSDAP-Oberbürgermeister Josef Mayr als „hilfsbereiten Idealisten“¹⁶², während er Scharfmacher, die wie Karl-Otto Saur oder auch Otto Merker übermäßigen Druck auf die Wirtschaft ausgeübt hatten, kritisch beurteilte. Gegenüber der Spruchkammer bemerkte er zu Merker, der als Generaldirektor der Magirus-Werke mit der neuen Sektionsbauweise die Fließbandfertigung auf den U-Bootbau übertragen und somit den Herstellungsprozess fundamental verändert hatte: Das „Auftreten des Herrn M. beim Hauptausschuss für Schiffbau war nicht so, wie man es erwarten sollte von einem Herrn, der aus der Wirtschaft kommt, teilweise war es [sic!] diktatorisch und rücksichtslos“¹⁶³. Zwar vermied Otto Meyer nach dem Krieg jeglichen Kontakt zu bestimmten belasteten Personen, doch versuchte er, Hassgefühle zu unterdrücken. „Wir müssen diese Zeit überstehen und dürfen uns nicht mit Hass- und Rachedgedanken füttern, sondern wir müssen das Wort eines alten Chinesen beherzigen: ‚Vergelte das Böse durch Güte‘. Die Welt muss einmal sich aus diesen Hassgedanken wieder los machen, wenn sie wirklich eine neue Zeit aufbauen will. Dazu ist es notwendig, dass wir all das, was hinter uns liegt, vergessen.“¹⁶⁴

Diese Auffassung schätzte nicht die Opfer gering, sondern kritisierte in ähnlicher Weise wie Theodor Heuss die lähmende Haltung, „die über die Selbstzerknirschung nicht hinauskommt, [...] wie die freche Überheblichkeit zerstörerisch war, die die abendländische Ordnung von Wert und Rang zu sprengen suchte und gesprengt hat“¹⁶⁵. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Meyer und Heuss eine herzliche Freundschaft verband, die über Jahrzehnte Bestand hatte¹⁶⁶. Eine Zusammenarbeit mit Personen, die eine hohe Stellung in der NS-Bürokratie eingenommen hatten und die nun in der Bundesrepublik Fuss fassen wollten, lehnte

¹⁶¹ Otto Meyer an Kellermann vom 24. 9. 1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 51.

¹⁶² Erklärung Otto Meyer vom 23. 4. 1947, in: Ebenda, Akt 92. Zum Entnazifizierungsverfahren Meyers vgl. ausführlich Bernhard Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945, München 2006, S. 399–404.

¹⁶³ Meyer an Spruchkammer Ulm vom 4. 12. 1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 92. Zu Otto Merker vgl. Guntram Schulze-Wegener, Die deutsche Kriegsmarinerrüstung 1942–1945, Hamburg/Berlin/Bonn 1997, S. 131.

¹⁶⁴ Otto Meyer an seinen Sohn vom 26. 4. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

¹⁶⁵ Hans-Heinrich Welchert, Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 137.

¹⁶⁶ Theodor Heuss an Otto Meyer vom 14. 2. 1961, beginnend mit „Verehrter lieber Freund“, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1., Nr. 25.

er dagegen ab. Meyer weigerte sich beispielsweise für die MAN, dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) beizutreten, solange Karl Lange den Vorsitz innehatte, der vor 1945 als einer der führenden Männer des Rüstungsministeriums agiert hatte¹⁶⁷. Und als sich der ehemalige Hauptdienststellenleiter Karl Otto Saur bemühte, Geschäftsbeziehungen zur MAN aufzubauen und seine angeblichen Bemühungen für Menschen herausstellte, „denen in der Vergangenheit bitteres Unrecht geschah und die damals härtesten Verfolgungen ausgesetzt waren“¹⁶⁸, lehnte Meyer energisch jeden Kontakt ab. Meyer erinnerte Saur daran, „was meine Firma und ich mit Ihnen in der Vergangenheit erleben mußten. Für meine Einstellung ist bestimmend der Schaden, den durch Ihr politisches und moralisches Verhalten das deutsche Volk in der Nazizeit erlitt.“¹⁶⁹ Seiner persönlichen Verantwortung war sich Otto Meyer gleichwohl durchaus bewusst. „Wir müssen dafür büßen, was wir in der Welt angerichtet haben. Tun wir das, dann wird uns auch einmal Gerechtigkeit widerfahren. Deutschland wird einen schweren und harten Kampf führen müssen, um wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden. Ich bin Optimist und glaube an eine Wiedergeburt, wenn wir ehrlichen Willens sind, das wieder gut zu machen, was wir verschuldet haben.“¹⁷⁰

In den Briefen an seine Familie findet sich jedoch kein Wort über persönliche Schuld, vielmehr überwiegt der bittere Gedanke an die erzwungene Trennung von seiner Frau und den beiden Kindern und seine Behandlung durch die Nationalsozialisten¹⁷¹.

Meyer sah also die Zukunft Deutschlands wie die seines Unternehmens trotz allem positiv. Wenn er an die erfolgreiche Entwicklung der MAN glaubte, so war ihm ihr Gewinn ebenso wichtig wie die gesellschaftliche Funktion. Dabei ging er nach wie vor vom Leitbild des Privateigentums aus, das für ihn einen Wert an sich darstellte und zu dessen Schutz er sich als leitender Angestellter berufen fühlte¹⁷². Mit Vorstellungen von Sozialisierung oder gar Enteignung, wie sie nach 1945 nicht nur bei Kommunisten und Sozialdemokraten diskutiert wurden, konnte Meyer dagegen noch immer herzlich wenig anfangen¹⁷³.

Auch aus dieser Überzeugung heraus war es für Meyer selbstverständlich, sich für den Wiederaufbau des Gemeinwesens einzusetzen. Nach entsprechender Vorbereitung gründete er 1947 gemeinsam mit Alexander Rodenstock und Eugen

¹⁶⁷ Abschrift Dr. Wolfer/Verwaltungsrat Sulzer Schweiz an Otto Meyer vom 29.8.1949 sowie Otto Meyer an Vorstandsmitglieder MAN vom 27.7.1949, in: RWVA-GHH, NL Reusch 4001012010/103.

¹⁶⁸ Saur an Otto Meyer vom 10.1.1950 (Zitat) sowie vom 12.10.1949, in: Ebenda.

¹⁶⁹ Otto Meyer an Saur vom 30.11.1949, in: Ebenda.

¹⁷⁰ Otto Meyer an seine Tochter Ina vom 5.6.1946, in: Privatarhiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

¹⁷¹ Otto Meyer an seine Tochter Ina vom 27.4.1946, in: Ebenda.

¹⁷² Vgl. auch Heinz Hartmann, *Authority and Organization in German Management*, Princeton/NJ, 1959, S. 27 u. S. 269f.

¹⁷³ Vgl. eine Episode aus dem Jahr 1954: Schreiben Otto Meyers an Innenminister Wilhelm Hoegner vom 24.8.1954, in Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Abt.V NL Ehard, Nr. 1328.

Bunzl den Arbeitgeberverband „Verein der Bayerischen Metallindustrie“ (VBM), dessen Vorsitz er zwischen 1948 und 1962 innehatte¹⁷⁴. Neben dem unternehmerischem Engagement, das Meyer mit Rodenstock verband, war es vor allem ein ähnliches Schicksal, das beide während der Zeit des Nationalsozialismus erleben mussten. Wie Stella Meyer war Rodenstocks Frau als konvertierte Jüdin von den Nürnberger Rassegesetzen betroffen gewesen. Sein Sohn Rolf geriet in den letzten Kriegswochen noch in Gestapo-Haft¹⁷⁵.

Während die amerikanische Militärregierung dem VBM keine Steine in den Weg legte, verbot sie am 1. Oktober 1947 die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Arbeitgeberverbände. Meyer versuchte dennoch, die Aktivitäten der einzelnen Arbeitgeberorganisationen im Freistaat zu koordinieren: „Wir können uns also nur zusammensetzen, um zu beraten, was in der Zukunft geschehen soll, wenn es einmal gestattet ist, daß sich die Arbeitgeberorganisationen zu einer Spitze zusammenschließen.“¹⁷⁶ Dabei wollte er die Souveränität der einzelnen Mitgliedsverbände wahren und widersetzte sich einem zentralistischen Verbandssystem¹⁷⁷. Als Vorsitzender einer Bürogemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen war Meyer maßgeblich an der Gründung der „Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern“ (VAB) beteiligt, als deren Vorsitzender er zwischen 1949 und 1962 fungierte. Im März 1951 wurde er zudem in das Präsidium des Landesverbands der Bayerischen Industrie (LBI) gewählt, obwohl seine Kandidatur nicht unumstritten war¹⁷⁸.

Anders als der Präsident des LBI, Otto Seeling, der gegenüber den Gewerkschaften eine harte Linie zu vertreten suchte und die Mitbestimmung heftig bekämpfte, förderte Meyer die Idee der Sozialpartnerschaft, ohne aber den Unternehmerstandpunkt zu vergessen. Diesen auf Ausgleich zielenden Kurs vertrat er konsequent und wollte sogar 1954 während des mit harten Bandagen ausgefochtenen Streiks in der bayerischen Metallindustrie den Gesprächsfaden mit den Gewerkschaften nicht abreißen lassen¹⁷⁹. Im Bayerischen Rundfunk vertrat er diese

¹⁷⁴ Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 367.

¹⁷⁵ Vgl. Eva Moser, Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948–1978, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 25–86, hier S. 62. Vgl. auch Schreiben LBI an Mitglieder des Präsidiums des LBI vom 2.4.1951, in: Bayerisches Wirtschaftsarchiv (künftig: BWA), V10/7.

¹⁷⁶ Bürogemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen, Protokoll der Sitzung der Vertreter von Arbeitgeberverbänden vom 14.10.1947, S. 2, in: BWA, V2/102.

¹⁷⁷ Bürogemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen, Protokoll der Sitzung des vorläufigen Ausschusses vom 22.4.1948, S. 2, in: BWA, V2/105.

¹⁷⁸ Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 367. Zum Konflikt zwischen Otto Meyer und Everhard Bungartz vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern, S. 37; Besprechungsvermerk des Landesausschusses mit Bungartz vom 14.3.1950, in: BWA, V10/1; Schreiben Seelings an LBI vom 8.8.1950, in: BWA, V10/5; Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses des LBI vom 30.3.1951, und Schreiben Seeling an Bender/Geschäftsstelle LBI vom 13.4.1951, beides in: BWA, V10/7.

¹⁷⁹ Vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern, S. 56. Zu Seelings Ablehnung der Gewerkschaften vgl. z. B. Niederschrift der Präsidiumssitzung des LBI

Auffassung auch öffentlich, kritisierte aber zugleich überzogene Lohnforderungen der IG Metall und erklärte, „dass zur Sicherung der sozialen Autonomie und zur Erreichung einer echten Partnerschaft der Gedanke der freiwilligen Schiedsgerichtsbarkeit [sic!] auch bei uns verwirklicht werden muss“¹⁸⁰. Der baye-rische Wirtschaftsminister Hanns Seidel (CSU) schätzte Meyer wegen seiner „so eindeutigen sozialen Haltung“¹⁸¹.

Streik lehnte Meyer ebenso wie Aussperrung als Mittel lohnpolitischer Auseinandersetzung grundsätzlich ab. Zudem war er davon überzeugt, dass der Staat sich auf sozialpolitische Rahmengesetzgebung beschränken sollte¹⁸². Die eigenverantwortliche Regelung der Beziehung von Arbeitgebern und Gewerkschaften würde seiner Überzeugung nach zu einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts und zu einer möglichst hohen volkswirtschaftlichen Leistung führen. Auf der Jahresmitgliederversammlung der VAB 1953 in München gab er bereits seinem Grundverständnis Ausdruck, dass „[s]ozialpolitische Verantwortung verpflichtet“, es sei „ein Zeichen von Schwäche, wenn wir unsere Belange nicht unter uns lösen wollen oder können“¹⁸³.

Freilich war Meyer damit auch weit entfernt von der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, wie sie zeitgleich in der Montanindustrie etabliert wurde. Allerdings nahm Meyer eine fortschrittlichere Position ein als viele andere Industrielle. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) etwa wollte den Gewerkschaften keinesfalls mehr Macht einräumen, sondern blockierte „jegliche Bemühungen, Plattformen für den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich [...] zu errichten“¹⁸⁴. Für BDI-Präsident Fritz Berg blieben Gewerkschafter stets Sozialisten, und GHH-Vorstand und BDI-Präsidiumsmitglied Hermann Reusch bezeichnete 1955 die paritätische Mitbestimmung als „Ergebnis einer brutalen Erpressung durch die Gewerkschaften“¹⁸⁵. Gerade Hermann Reusch galt als Inbegriff der Unternehmermacht an der Ruhr und war mit seiner gewerkschaftsfeindlichen Haltung insbesondere in Fragen der Mitbestimmung zum roten Tuch für die Arbeitnehmerver-

am 28. 8. 1951, in: BWA, V10/8 oder Niederschrift Hauptausschusssitzung des Landesaus-schusses der Bayerischen Industrie vom 10. 1. 1950, S. 7, in: BWA, V10/1.

¹⁸⁰ Redeabdruck Otto Meyer: „Politik aus erster Hand“, Bayerischer Rundfunk, 15. 9. 1954, S. 4, in: BayHStA, Abt. V NL Ehard, Nr. 1328.

¹⁸¹ Seidel an Otto Meyer vom 11. 8. 1954, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik, NL Hanns Seidel, Nr. 32/1954.

¹⁸² Zugleich war Meyer sehr darauf bedacht, die Handlungsfreiheit der Industrie in wirtschafts-politischen Fragen zu wahren. Als Präsidiumsmitglied des LBI lehnte er den von Bundeskanzler Konrad Adenauer vorgeschlagenen wirtschaftlichen Beirat strikt ab, da die Wirt-schaft „über die Art, wie sie sich vertreten lassen wolle, allein zu bestimmen“ habe. Nieder-schrift über die Sitzung des Präsidiums des LBI vom 28. 8. 1951, in: BWA, V10/8.

¹⁸³ Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern/Landesverband der Bayerischen Indus-trie/Verein der Bayerischen Metallindustrie (Hrsg.), Ein dynamisches Leben. Otto Meyer zum 75. Geburtstag, München 1957, S. 28, in: BWA, S113/22.

¹⁸⁴ Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1985, S. 242.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 243. 1947 war Hermann Reusch (Sohn von Paul Reusch) lediglich bereit, eine gewisse „Mitwirkung“ zu konzedieren.

treter geworden¹⁸⁶. Meyer befand sich somit zwar im schroffen Gegensatz zum BDI, aber auf einer Linie mit Hans-Constantin Paulssen, der seit 1954 als Vorstand der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ebenfalls führend an der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beteiligt war und auch die Idee eines „Runden Tisches“ aufbrachte¹⁸⁷.

Für die MAN stellte Meyer 1953 nochmals entscheidende Weichen, als er die wirtschaftliche Bedeutung des Lastwagenverkehrs für den Wiederaufbau richtig einschätzte. Als sich die amerikanischen Streitkräfte entschlossen, ihre zentralen Instandsetzungswerkstätten in München-Allach aufzugeben, sah Meyer die Gelegenheit, die Nutzfahrzeugsparte seines Unternehmens durch eine weitere Produktionsstätte strategisch zu erweitern. Im April 1955 kaufte die MAN die Hallen, die den Bayerischen Motorenwerken bis 1945 als Flugmotorenwerk gedient hatten. Die neue Lastkraftwagenfabrik der MAN hatte die vierfache Kapazität des Nürnberger Werks, dessen Produktion innerhalb weniger Monate nach München verlagert wurde. Trotz einer kurz darauf einsetzenden Absatzkrise hielt Meyer energisch an München-Allach fest. Wenige Jahre später war das Werk bereits voll ausgelastet¹⁸⁸.

Zum 31. Dezember 1954 gab Otto Meyer den Vorstandsvorsitz der MAN ab und wechselte am 1. Januar 1955 in den Aufsichtsrat des Unternehmens, dem er bis Januar 1965 angehörte¹⁸⁹. Als Mitglied oder Vorsitzender in den Aufsichtsräten der Linde AG in Wiesbaden, der Münchner Pschorrbräu oder der Wieland-Werke in Ulm verfügte er über großen Einfluss auf die süddeutsche Wirtschaft. Zugleich lagen ihm Kunst und Kultur am Herzen. So war er Mitglied im Verwaltungsrat des Germanischen National-Museums in Nürnberg und Schirmherr des Vereins der Freunde des Augsburger Stadttheaters¹⁹⁰. Am wichtigsten aber war vielleicht sein Einsatz für das schwer zerstörte Deutsche Museum in München, dessen Wiederaufbau er – seit 1953 – tatkräftig vorantrieb. Nicht zuletzt durch seine Kontakte gelang es ihm, Spendengelder in Millionenhöhe aufzubringen. Kurz vor dem Ende seiner Tätigkeit für das Deutsche Museum gründete er 1963 mit Oskar von Miller das Institut für die Geschichte der exakten Naturwissenschaften und der Technik. Sein Wirken honorierte 1952 die Stadt Augsburg mit der Ehrenbürgerwürde. Vier Jahre später erhielt er diese von der Gemeinde Zirgesheim bei Donauwörth und schließlich 1962 von seiner Geburtsstadt Regensburg. Neben zahl-

¹⁸⁶ Anlässlich der Beratungen zur Besetzung der Stahlkommission 1948 beschreibt in dieser Weise der Vorsitzende der Metallgewerkschaft, Walter Freitag, Reusch „like a red rag to a bull as regards the working classes.“ Besprechungsprotokoll zwischen Bi-Partite Control Office, OMGUS, Gewerkschaften u. a. vom 27. 5. 1948, S. 3, in: National Archives Kew, FO/051/426, C442901.

¹⁸⁷ Berghahn, *Unternehmer und Politik*, S. 240.

¹⁸⁸ Vgl. Bähr/Banken/Flemming, *MAN*, S. 384 f.

¹⁸⁹ Aktennotiz sowie Personalbogen Otto Meyer, in: *MAN-WA Augsburg*, 1. 2. 1.

¹⁹⁰ Auflistung im Personalakt Otto Meyers, in: *Ebenda*.

reichen Ehrungen und Auszeichnungen wurden ihm 1949 die Ehrendoktorwürde der TH München sowie 1953 das Große Bundesverdienstkreuz verliehen¹⁹¹.

Otto Meyer hatte sich nicht nur große Verdienste um das kulturelle Leben nach dem Krieg, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der deutschen Industrie und die Reorganisation des Verbandswesens erworben; mit ihm an der Spitze der MAN wurde auch die Kontinuität der Unternehmensführung von der Zwischenkriegszeit bis in die Bundesrepublik gewahrt. Nach dem Krieg nutzte er seine Position als Vorstandsvorsitzender eines der größten bayerischen Industrieunternehmen sogar noch mehr für gesellschaftliche Belange, als er dies als Führungskraft in der Weimarer Republik getan hatte. Auch wenn sich seine Grundüberzeugungen wenig veränderten, so war für ihn das Dritte Reich eine schreckliche Periode der deutschen Geschichte, über die nicht einfach hinweggegangen werden konnte. Er war aber davon überzeugt, die MAN moralisch anständig durch die NS-Zeit gelenkt zu haben, wie er 1946 an seine Frau schrieb: „Trotz der Widerwärtigkeiten, die wir von den Nazis erfahren haben, möchte ich aber doch vermeiden, an Hass oder gar an Rache zu denken. [...] Kein Mensch versteht natürlich hier [bei den amerikanischen Besatzungsbehörden, die seinen Antrag auf ein Ausreisevisum für die Schweiz bearbeiteten], dass gerade ich unter den Kriegsfolgen so zu leiden hatte, nachdem ich doch bekannt war als ein Gegner der Naziregierung. Aber Einzelschicksale spielen bei einem so grossen Geschehen keine Rolle. Das deutsche Volk muss sich nun anstrengen, das wieder gut zu machen[,] was es in der Welt angerichtet hat. Das geht nicht dadurch, dass man verzweifelt und sich über sein Schicksal beklagt.“¹⁹²

O.M., wie er von vielen Mitarbeitern respektvoll genannt wurde, verstarb am 25. Juni 1969 in Augsburg¹⁹³.

¹⁹¹ Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 367f.

¹⁹² Otto Meyer an Stella Meyer vom 4.4.1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

¹⁹³ Vgl. auch Augsburger Allgemeine Zeitung vom 28./29.8.1982: „Mensch Meyer“ zu seinem 100. Geburtstag.